

politix

Ausgabe 27 | 2009

UIM
BRUCH
AUF
BRUCH
AB
BRUCH
INSIGHT **ipw**
!bm

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien
ISSN 1990-4630

Das Redaktionsteam – jedenfalls ein Teil davon



V.l.n.r.: Tina Olteanu, Richard Bernato, Meropi Tzanetakis, Gerti Zupanich, Luise Luksch

(Foto: Dorothee de Nève)

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Tina Olteanu und Meropi Tzanetakis

Redaktionsteam: Richard Bernato, Ruth Kager, Luise Luksch, Stefan Marx, Tina Olteanu, Meropi Tzanetakis, Maximilian Wollner, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Richard Bernato (richard@aerosol.cc)

Comic-Strip: Es war der Redaktion nicht möglich, die Herkunft des Comic-Strips auf Seite 15 zu eruieren. Sollten auf diesen Ansprüche existieren, bitte um Kontaktaufnahme mit der Redaktion.

Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Editorial

Die letzten paar Monate waren am ipw und in der hochschulpolitischen Landschaft sehr bewegt: Der FWF (Wissenschaftsfonds) konnte keine Forschungsprojekte bewilligen, da das Budget für dieses Jahr seitens des Wissenschaftsministeriums nicht fest stand. In diesem Jahr scheint der Begriff „Krise“ Konjunktur zu haben. So ist es nicht verwunderlich, dass es auch in der Hochschulpolitik „kriselt“. Ob es sich dabei um eine Ursache, Auswirkung oder einen Vorwand für einen tief greifenden Strukturwandel handelt, bleibt vorerst im Unklaren. Die Unzufriedenheit und/oder die Frustration mit den aktuellen Zuständen haben auch am ipw einiges in Bewegung gesetzt. In der aktuellen Ausgabe des *politix* haben wir versucht, diese Umbruchsstimmung auf vielerlei Ebenen und seitens unterschiedlicher AkteurInnen (Lehrende, Studierende, Forschende) einzufangen und die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen:

Der neue Institutsvorstand Dieter Segert reflektiert über den Sinn und Unsinn der abgeschlossenen Evaluation am ipw durch international renommierte WissenschaftlerInnen. Das Interview mit Eva Kreisky wirft einen Blick auf strukturelle Bedingungen für den Wandel der Wissenschaftslandschaft und verbreitet etwas Optimismus in der „Krise“. Währenddessen gehen Marion Löffler und Thomas König auf die Auswirkungen des neoliberalen Umbaus auf die Politikwissenschaft ein. In einem ironisch-kritischen Beitrag hinterfragt

Luise Luksch die Wertschöpfung des Lehrveranstaltungs-Anmeldesystems.

Der Protest am ipw formiert sich: Externe LektorInnen setzen sich für den Erhalt von Pluralität in der Lehre sowie verbesserte Lehrbedingungen ein; Drittmittelprojekt-Angestellte geben Einblicke in ihre Arbeitsbedingungen und Zukunftsaussichten an der Uni Wien. Statusübergreifende Arbeitsgemeinschaften aus Studierenden und Lehrenden aller Art versuchen aktuelle Problemlagen am ipw aufzugreifen und zu verbessern.

Einige dieser Punkte werden auf der Institutsebene angegangen, andere stehen in einem weiteren hochschulpolitischen Rahmen. So zeigt sich, dass die so genannte „Abschaffung“ der Studiengebühren zu vielen Verzerrungen führt, sowohl in der Verwaltung als auch unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit. Über offene Fragen beim E-Voting bei den ÖH-Wahlen berichtet Gerda Marx. Ob der ab Herbst in Kraft tretende neue Doktoratsstudienplan neues Glück oder alten Frust bringen wird, diskutieren Milena Bister, Verena Stern und Irene Zavarisky vom Graduiertenzentrum. Ebenso scheint einiges im Argen bei dem lang erwarteten und im Herbst in Kraft tretenden Kollektivvertrag der Universitäten. Was als Nachwuchsförderung angekündigt wurde, scheint nun „Lehrsklaven“ und Lohndumping an der Uni Wien zu befördern.

Alle diese Artikel verdeutlichen, dass wir nicht nur Politikwissenschaft auf abstrakten Ebenen lehren, studieren und dazu forschen, sondern dass politisches Handeln ein wesentlicher Aspekt des ipw sein sollte und aktuell auch ist. Hoffen wir auf einen langen Atem aller Beteiligten, der die gewünschten und notwendigen Veränderungen mit sich bringt!

die Redaktion

Umbruch, Aufbruch, Abbruch?

In dieser Ausgabe:

| | |
|----------|---|
| Seite 6 | Schwerpunkt Vorsicht Evaluation! Über die Ergebnisse eines ungewöhnlichen Jahres Dieter Segert |
| Seite 9 | Zum kritischen Anspruch der Politikwissenschaft in Wien Marion Löffler und Thomas König |
| Seite 12 | „Mit 65 darf man ein wenig naiv sein“ Eva Kreisky im Interview Tina Olteanu und Meropi Tzanetakis |
| Seite 15 | Hey, haste mal nen Punkt? Luise Luksch |
| Seite 17 | Wessen Existenzlektorat? Die Initiative zur Vernetzung der externen LektorInnen stellt sich vor |
| Seite 18 | Die Uni geht unter – die Powi begehrt auf |
| Seite 21 | Aufstieg in die Arbeitslosigkeit Das Studium der Politikwissenschaft: Soziale Selektivität und Berufschancen Mario Springnagel |
| Seite 24 | Politikwissenschafts-Studium: Ein Erfahrungsbericht Adrian Ortner |
| Seite 25 | Neulich... Hannelore Möchte |
| Seite 26 | Please free me from this liberation Warum die „Abschaffung“ der Studiengebühren mehr Mist anschafft als wegschafft Bagru/Strv Politikwissenschaft |
| Seite 29 | E-Voting an den Universitäten – Einführung von E-Voting an den ÖH-Wahlen 2009 Gerda Marx |

Seite 32

Neues Doktorat – Neues Glück

Milena Bister, Verena Stern und Irene Zavorsky

Seite 33

Für eine ‚wirkliche‘ Nachwuchsförderung sowie gute und gesicherte Arbeitsbedingungen
Petition zugunsten des akademischen Mittelbaus der Universität Wien
Initiative Zukunft der Wissenschaft

Seite 35

„In einem unbekanntem Land, vor gar nicht allzu langer Zeit, war eine Biene sehr
bekannt,...“ – Und diese Biene die ich meine, heißt ProjektarbeiterIn
Leila Hadj-Abdou

Seite 37

Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen
IG Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen

Aktuell/Intern

Seite 37

Institutional Innovation at the University of Vienna:
Introducing the Department of Methods in the Social Sciences
Juan Casado Asensio

Seite 39

Ilker Ataç – Universitätsassistent am ipw
Luise Luksch

Seite 40

Georg Spitaler – Bereits 2002 als externer Lehrbeauftragter am ipw. Seit 2008 teilt er
sich mit Ilker Ataç eine Assistentenstelle
Gerti Zupanich

Rezensionen

Seite 41

Stefan Marx
Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates

Seite 42

Matthias Falter
Religion als Politik. Politik mit Religion.

Seite 42

Stefan Marx
Osteuropäische Demokratien im Wandel

Seite 43

Verena Stern
Sexualität als Experiment

Seite 43

Ewa Agata Dziedzic
Familienbande im Gender-Wahn

Vorsicht Evaluation!

Über die Ergebnisse eines ungewöhnlichen Jahres

von Dieter Segert

Professor am ipw und
Institutsvorstand

Wie zeitgemäß: „Evaluation“ ist ein Wort, das im Deutschen wie im Englischen gleich geschrieben wird. Die Leistungsbewertung in der Wissenschaft hat aus dem angelsächsischen Raum kommend nun auch in Österreich begonnen. Unsere Fakultät für Sozialwissenschaften war über ein Jahr lang im Evaluationsfieber. Institutsklausur, RAD (1), Peers, work around, Publikationsstrategie, Evaluationsbericht waren einige der Schlagworte, die uns wie Fliegen um den Kopf kreisten. Wir waren in diesem Jahr alle mehr oder weniger mit der Evaluation beschäftigt, die einen mehr, die anderen weniger. Meine erste Mail im entsprechenden Eingangsordner stammt von Ulrich Brand, der am 19. November 2007 ein erstes Treffen einer Evaluationsgruppe des Institutes für Politikwissenschaft für zwei Tage später ankündigt. Am 7. April 2009 habe ich das vorerst letzte Mail in dieser Angelegenheit gefunden, an dem die Stellungnahme der Fakultät zum Bericht der Peers hing.

„Wir können unsere Verantwortung für unsere eigene Zukunft nicht an andere delegieren“

„Und was nun, sind wir gut oder schlecht?“ So ungefähr mag sich der geneigte Leser oder die geneigte Leserin an dieser Stelle fragen. Good question, würde ich in der Sprache der Evaluation darauf antworten. Fünf international bekannte WissenschaftlerInnen, die sich mit den an der Fakultät vertretenen verschiedenen Fächern auskennen, haben uns besucht, einen ausführlichen Leistungsbericht unserer Institute bekommen, ausführliche Gespräche mit uns geführt, sowie anschließend einen Bericht geschrieben, der sieben Seiten und 2300 Wörter enthält. Es handelte sich bei diesen „Peers“, also um ExpertInnen aus unseren Disziplinen: Eva Barlösius (Soziologin/Hannover), Bob Jessop (Soziologe und Politikwissenschaftler/Lancaster), David Parkin (Anthropologe/Oxford), Peter Vorderer (Kommunikationswissenschaftler und Psychologe/Los Angeles) und Peter Weingart (Soziologe und Wissenschaftsforscher/Bielefeld). Die Stellungnahme der Peers enthält Beobachtungen aus ihren zwei Besuchen im Oktober und Dezember 2008. Dort wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass man zu wenig

Zeit für eine detaillierte vergleichende Bewertung des wissenschaftlichen Personals und der Forschungsleistungen der Institute hatte. In einem Punkt gibt es zudem einen interessanten Ordnungsruf an die Universitätsleitung: die Peers stellen fest, dass sie aufgefordert waren, sich zu den zukünftig auszuschreibenden Professuren zu äußern und weisen das zurück: „More important, though, is our understanding that such a recommendation concerns decisions that will have to be made by the Faculty and not by external reviewers.“ Die Sache sollte durch uns WissenschaftlerInnen selbst entschieden werden, nicht durch externe BeraterInnen. Gut gesagt! Wir können unsere Verantwortung für unsere eigene Zukunft nicht an andere delegieren.

Über die Qualität einzelner ForscherInnen und den internationalen Vergleich unserer Fakultät oder einzelner Institute haben wir also von den EvaluatorInnen wenig Konkretes gehört. Sie haben uns dennoch Eindrücke zu einigen strukturellen Problemen unserer Universität vermittelt. Ein Schlüsselsatz verweist auf einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Selbstbild der Universität und ihren Realitäten: „the university [...] considers itself a university where teaching is research-led. However, we found that the faculty as a whole is characterized by teaching-constrained research.“ Also

keine Forschungsuniversität, sondern doch Volkshochschule, um mal einen Ausspruch unseres Rektors aus einem Presseinterview zu paraphrasieren? Der Umfang der Lehranforderungen im Verhältnis zur Arbeitszeit insgesamt, das Missverhältnis zwischen Studierendenzahl und Zahl der internen Lehrenden wurden als ernstes Problem angesehen, das insbesondere für junge WissenschaftlerInnen die Universität unattraktiv machen könnte. Die Peers befürchten, dass begabte junge Menschen sich andere Universitäten als Ort der Karriere aussuchen. Auch auf das Problem der unzureichenden beruflichen Perspektive dieser Gruppe wird hingewiesen. Es braucht nicht nur eine steigende Zahl von ProfessorInnen, um die Lehrsituation zu verbessern, sondern der „wissenschaftliche Nachwuchs“ braucht ebenso dringend Anstellungsmöglichkeiten, die verlängert werden können. Er braucht die Chance auf eine längerfristige Berufsbiografie an unserer Universität. Eine Reihe von weiteren Problemen, auf die die Peers hinweisen, wird bei uns gerade bearbeitet, etwa die ungenügende Strukturierung (auch der Mangel an Infrastruktur) des Doktoratsstudiums, wobei das Graduiertenzentrum als lobenswerte Innovation der Universität hervorgehoben und empfohlen wurde, es beizubehalten.

Gesellschaftliche Wertschätzung von Sozialwissenschaften?

Die im Evaluationsbericht angerissenen Probleme des Massenstudiums sind ja in den letzten Wochen auch öffentlich geworden, es gab viele Initiativen von externen Lehrenden, der Studierenden und dem Institut insgesamt, einschließlich eines

studentischen Protestzuges und einer Institutsvollversammlung am 2. April vor einigen Wochen. In diesem Zusammenhang haben wir es mit einer komplexen Problemlage zu tun, darüber sollte man sich nicht täuschen: Sicher geht es zuerst um die mit der Hand zu greifende Unterfinanzierung des Studiums. Allerdings nur mehr Geld zu fordern, greift zu kurz. Warum ist diese Situation entstanden? Das hat im Kern etwas mit der geringen gesellschaftlichen Wertschätzung von Sozialwissenschaften zu tun: es ist ja nicht zu übersehen, dass die Ausstattung der verschiedenen Studienrichtungen an der Universität unterschiedlich ist. Die Sozialwissenschaften haben in den Augen der Öffentlichkeit eine geringere Nützlichkeit als die Naturwissenschaften. Der Nutzen der Natur- und Technikwissenschaften (auch von Medizin und Jus) ist gesellschaftlich deutlich besser anerkannt. Da wäre es an der Zeit, das eigene Selbstverständnis öffentlich zu thematisieren. Aber diese unterschiedliche Wertschätzung von Wissenschaften in der Gesellschaft hat natürlich sowohl eine lange Geschichte als auch nicht nur mit den Wissenschaften selbst zu tun. Auch gesellschaftliche Strukturen beziehungsweise Machtstrukturen spielen eine Rolle. In einer kapitalistischen Gesellschaft steht der unmittelbare Nutzen immer im Zentrum. Es muss sich rechnen. Wie aber ist der Wert von erst längerfristig wirksamen Tätigkeiten zu bemessen? Hat demokratische Widerstandsfähigkeit einen wirtschaftlichen Nutzen? Neben finanziellen und Anerkennungsproblemen haben wir es natürlich auch mit Aufgaben zu tun, die wir nur selbst durch bessere praktische Organisation unserer eigenen Arbeit lösen können. Dazu gehört, dass überhaupt erst einmal die verschiedenen Gruppen, die bei uns wirken, also externe Lehrende, Studierende und interne Lehrende, ihre Lage durchdenken,

ihre Interessen artikulieren und sich miteinander besprechen. Widersprüche zwischen diesen Gruppen werden auch auftauchen, gerade um sie zu lösen benötigen wir Gremien, in denen wir uns regelmäßig sehen und Lösungen suchen. Das hat ja in der letzten Zeit begonnen und ich hoffe auf einen langen Atem der Beteiligten. In dieser Debatte ist besonders aufgefallen, wie negativ es ist, dass mit dem UG 2002 fast alle Selbstverwaltungsgremien der Universität (bis auf den wissenschaftlichen Senat) liquidiert worden sind. Das bedarf aus meiner Sicht der politischen Korrektur. Auf der Institutsebene können wir den dadurch entstandenen Schaden nur teilweise wiedergutmachen, indem wir in jedem Semester eine Institutsvollversammlung abhalten.

Das Problem der Leistungsmaßstäbe

Nach diesem Exkurs ist der Beitrag zum Schluss wieder bei einem Grundproblem der „Evaluation“ gelandet: wie messen wir eigentlich unsere Leistungen? Was ist gute Lehre? Braucht man dazu pädagogische Fähigkeiten? Wie viel Forschung muss sein? Und welche Forschungsleistung ist besonders wichtig, ein Artikel in den berühmten peer-reviewed journals oder eine Intervention in einer öffentlichen Debatte in den Massenmedien? Oder geht es dabei gar nicht um ein entweder oder? Wir haben in diesem letzten Jahr über diese und ähnliche Fragen viel nachgedacht, miteinander und mit anderen gestritten. Eine gute Sozialwissenschaft braucht international sichtbare Publikationsleistungen, sie muss aber auch in der öffentlichen Debatte im eigenen Land präsent sein. Nötig ist gute Forschung, aber auch

exzellente Lehre. Hier wird das Problem der Leistungsmaßstäbe sichtbar: Wenn diese so sind, dass eine einseitige Leistung übermäßig hervorgehoben und belohnt wird (egal ob auf anderen Gebieten Mängel bestehen), dann bleiben andere Dinge liegen. Oder diejenigen, die sich für weniger hoch gewertete Tätigkeiten engagieren sind die Dummen. Wir benötigen also Leistungsmaßstäbe, die die Vielfalt unserer Aufgaben abbilden und würdigen.

Muss aber Leistung überhaupt gemessen werden? Bringt uns das voran? Das kommt auf die Art an, in der das betrieben wird. In England besteht das System der Leistungsbewertung der Universitäten schon seit zwei Jahrzehnten. Englische Bekannte haben mir auch über problematische Erfahrungen berichtet: als das Geld knapper wurde im Hochschulwesen, wurde durch Evaluation ein Wettbewerb um die knappen Ressourcen entfaltet. Der Aufwand für solche Leistungsmessungen war enorm, die Konkurrenz verstärkte sich, aber häufig war das Beste, was man erreichen konnte, dass man seine bisherige Ausstattung behielt. Auf jeden Fall sollte also der Aufwand der Leistungsmessung nicht größer sein als ihr Nutzen. Die Debatte in unserer Fakultät über die angemessene Publikationsstrategie, die von Eva Kreisky und Ulrich Brand vorangetrieben wird, bemüht sich um eine unseren Bedingungen angemessene Antwort. Eine wiederholte Evaluierung der Lehre durch die Studierenden am Ende des Semesters und deren Auswertung durch die entsprechende Abteilung „Qualitätssicherung“ ist sicher hilfreich für die Lehrenden. Die Betreuung junger Lehrender durch erfahrene KollegInnen und die Abstimmung der Lehre im Rahmen eines Faches, beides ist für die Qualität der Lehre wichtig und kann dadurch nicht ersetzt werden. Und das Gespräch mit den Studierenden auch nicht, nur dafür fehlt wegen der großen Zahl an Studierenden im Verhältnis zum Lehrpersonal häufig die Zeit.

Am Ende eines anstrengenden Jahres im Zeichen der Evaluation bleibt eine ambivalente Bilanz: wir haben einiges gelernt, manches besser durchschaut. Vieles bleibt offen.

Anmerkungen:

(1) RAD bedeutet für Research Activities Documentation und die von den WissenschaftlerInnen eingetragenen Informationen zu ihren Arbeitsbereichen dienen z.B. als Datengrundlage für Zielvereinbarungsgespräche.

Zum kritischen Anspruch der Politikwissenschaft in Wien

von Marion Löffler

Assistentin und Doktorandin
am ipw

und Thomas König

Assistent am Graduiertenzen-
trum, derzeit Research Fellow
an der University of Minnesota

Linkswende

In den letzten 15 Jahren hat sich die Politikwissenschaft in Wien in eine erstaunliche Richtung entwickelt. Seit ihrer Gründung hatten die wissenschaftspolitischen Entscheidungsträger darauf geachtet, dass die Disziplin erstens keine nennenswerte Größe erreichen konnte und zweitens die Besetzung von Personalstellen nach einem simplen Schema erfolgte: jedes Mal, wenn die „linke Reichshälfte“ eine Professur bekam, wurde auch die „rechte Reichshälfte“ bedient.

Dieses Proporzschema zerbrach in Wien 1995. Auf den Konservativen Heinrich Schneider folgte die Linke Eva Kreisky. Mit ihrer Berufung bekam das ipw nicht nur einen organisatorischen Kick, sondern gemeinsam mit Helmut Kramer sorgte Eva Kreisky auch für

einen deutlichen Linksdrall, der dazu führte, dass Wien den Ruf eines linken Standortes bekam. Kreisky, Sauer, Brand und Co. stehen – gemeinam mit Talos und Ucakar am Institut für Staatswissenschaft – für eine kritische Perspektive in der Politikwissenschaft.

Zugleich gelten aber die letzten 15 Jahre im ganzen deutschen Sprachraum als eine Zeit neoliberaler Reformen der Universitäten und generell des Rückbaus kritischer Sozialwissenschaften. Traditionelle Hochburgen der Linken wie etwa am Otto-Suhr-Institut in Berlin oder an der Uni in Frankfurt sind zunehmend verwaist. Es mutet daher ironisch an, dass es in Wien zu einem gegenläufigen Trend kam.

Zwei Gründe kann man für den Sonderweg festhalten: Die Pensionierungswelle der 68er- Generation, mit der die Mainstreamisierung deutscher Institute im Wesentlichen gesteuert wurde, konnte in Wien schon deshalb nicht stattfinden, weil die Disziplin von Haus aus personell unterbesetzt war. Die Öffnung der Universitäten während der 1970er Jahre hatte an den Wiener Uni-Instituten nicht mit einem Anstieg links-kritischer Lehrender korrespondiert. Der zweite Grund ist eine spezifische Wiener Entwicklung. Gesellschaftskritische Politikwissenschaft war ursprünglich am Institut für Höhere Studien (IHS) beheimatet. Im Zuge eines Generationenwechsels hat die IHS-Abteilung – nicht zuletzt wegen Veränderungen in der Projekt-

förderlandschaft – an den Mainstream der EU-Forschung angedockt. Zugleich kam es zu einem längst überfälligen Personalausbau an den Uni-Instituten, der zu einer Art Rollenwechsel zwischen der Politikwissenschaft am IHS und der Uni führte.

Neoliberale Hochschulpolitik

Ist der Wiener Studienstandort daher als Insel der linken Seligkeit mitten unter dem allorts vorgenommenen institutionellen und inhaltlichen Umbau der Disziplin zu sehen? Wohl kaum. Wenn auch der Personalausbau gesellschaftskritische Stärkung bewirkt hat, so ist dieses Projekt in Wien von denselben Rahmenbedingungen bedroht, die es ermöglicht haben. Der entscheidende Schritt war das Universitätsgesetz von 2002. Damit sollte das österreichische Wissenschaftssystem von der bürgerlichen Bildungsanstalt sozialdemokratischer Façon zum Dienstleistungsunternehmen gemacht und an die europäische Spitze katapultiert werden.

Im Sinne der Europäischen Hochschulpolitik soll in Zukunft wissenschaftliche Leistung gemessen werden. Das ist an sich begrüßenswert, denn warum sollen die hauptsächlich aus staatlicher Umverteilung stammenden Investitionen in Personalkosten an den Universitäten nicht nach transparenten

Verfahren begründbar sein? Die Crux liegt, wie so oft, in der Frage, wer die Kriterien zur Evaluierung aufstellt und nach welchen Maßstäben diese durchgeführt werden.

Die Vorgaben sind eindeutig: Von nun an sollen Publikationen gezählt und nach Impact-Faktoren gewichtet werden, wobei nicht gesellschaftliche Relevanz zählt, sondern in erster Linie die (leichter messbare) Lese- und Zitierbereitschaft der internationalen Scientific Community. Damit werden Review-Verfahren und Rankings wissenschaftlicher Zeitschriften wichtiger als konkrete gesellschafts-politische Beiträge. Wird das Augenmerk wissenschaftlicher Zeitschriften und Verlage auf die Organisation von Begutachtungsverfahren und eine Verankerung am englischsprachigen Markt gelegt, übersteigt dies die Möglichkeiten kleiner Verlage, denn solche Investitionen sind teuer. Es sind aber oftmals gerade diese Verlage, die kritische, das bedeutet notwendigerweise umstrittene und politisch hoch relevante Analysen und Inhalte publizieren.

In der Messbarkeit wissenschaftlicher Leistung stecken de facto eine ganze Reihe von (politisch motivierten) Vorannahmen (vgl. Godin 2005). Unter anderem unterstellen diese scheinbar objektiven Verfahren generelle Vergleichbarkeit wissenschaftlicher Publikationen. In Natur- und Technikwissenschaften sowie der Medizin sind solche Bedingungen auch häufig gegeben, zumal nach klaren Paradigmen geforscht wird, und sich Englisch als Wissenschaftssprache etabliert hat. Kritische Politikwissenschaft, die sich mit ihren Arbeiten aber nicht nur an eine kleine Scientific Community wenden will, sondern zudem demokratiepolitisch engagiert ist und somit auch eine lokale LeserInnenschaft in ihrer Muttersprache ansprechen will, stößt hier auf Hindernisse.

Warum werden bei der Erstellung der Kriterien vor allem Objektivierung wissenschaftlicher Leistung und die

Resonanz innerhalb der internationalen Scientific Community betont? Die Kalkulation erinnert ein bisschen an die erste studentenbewegte Generation am IHS, zu deren Abschreckung 1969 eine Statistik- und Mathematik-Aufnahmeprüfung eingeführt worden war. Die Vorstellung, dass linke Geister notwendig schlecht in Mathematik sind, war damals genauso falsch, wie heute die Idee, dass kritische PolitikwissenschaftlerInnen notwendig wenig oder zumindest wenig den Messverfahren entsprechendes publizieren. Das Gegenteil ist der Fall. Allerdings – und hier liegt ein Problem – werden viele Leistungen inneruniversitär und wissenschaftlich nicht (mehr) anerkannt und müssen sozusagen als private Zusatzaktivitäten erbracht werden.

Es gibt eine diffuse Angst, die Sozialwissenschaften könnten allzu relevant werden. Auch wenn das den SozialwissenschaftlerInnen eigentlich zur Ehre gereichen und sie in ihren Forschungen bestärken sollte, haben viele diese Angst mittlerweile selbst internalisiert. Nirgendwo kommt das deutlicher zum Ausdruck als in den methodologischen Barrieren, die in den einzelnen Disziplinen errichtet wurden, und die, von Gatekeepern sorgfältig bewacht, nicht überschritten werden können, ohne sich den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit einzuhandeln. Die neoliberale Wissenschaftspolitik hat diese Entwicklung nicht hervorgebracht, aber verstärkt. Der renommierte Politologe Joseph Nye (2009) stellte kürzlich in einem Essay über PolitikwissenschaftlerInnen in den USA ernüchtert fest: „Scholars are paying less attention to questions about how their work relates to the policy world, and in many departments a focus on policy can hurt one’s career.“ Das macht auf einen Trend aufmerksam, der im Mutterland der Politikwissenschaft voll durchschlägt und den die herrschende Politik hierzulande ebenfalls eifrig forciert.

Zermürbungstaktik

Die letzte Universitätsreform hat für Politikwissenschaft faktisch einen Personalausbau bedeutet. Nachdem die Disziplin jahrzehntelang kaum mit neuen Stellen versorgt worden war, und ihr dadurch eine ganze Generation verloren gegangen ist, sind nun erstmals spürbare Anstrengungen zu merken, das Personalniveau der Politikwissenschaft zu heben. Allerdings handelt es sich dabei bisher nur um einen Tropfen auf den heißen Stein. Denn wenngleich der Personalausbau in absoluten Zahlen ein bisher unerreichtes Ausmaß erreicht, hält er mit dem Anwachsen der Studierendenzahlen nicht mit. Im Wintersemester 2008 betrug das Verhältnis von Lehrenden (WissenschaftlerInnen mit Doktorat) zu Studierenden 1:269; werden die pre-docs, die jedoch keine Abschlussarbeiten betreuen können, sowie die in Ruhestand befindlichen, aber noch tätigen Personen dazugezählt, bleibt das Verhältnis immer noch bei 1:161.

Angesichts solcher katastrophalen Verhältniszahlen erscheint es logisch, dass an der Politikwissenschaft ein Großteil der Lehre und auch der Betreuung nicht von den hier tätigen ProfessorInnen und unbefristeten AssistentInnen geleistet werden kann. Im Groben lassen sich drei weitere Arten wissenschaftlicher Arbeitsverhältnisse ausmachen: befristete Assistenzstellen, drittmittelfinanzierte Projektstellen, und die besonders prekären, weil zeitlich immer auf ein Semester beschränkten, Lehraufträge. Personen in einer dieser drei Anstellungsverhältnissen und habilitierte DozentInnen, die formale Betreuungskompetenz aber keine universitäre Verankerung haben, erbringen einen maßgeblichen Teil der Forschung, das Gros der Lehre und einen Teil der Betreuung von Abschlussarbeiten. Genaue Daten und Informationen über Lehrveranstaltungen sind nicht erhältlich; aber allein die Unübersichtlichkeit der Situation lässt

Unregelmäßigkeiten und Probleme vermuten.

Für den akademischen Nachwuchs ist die Situation zumindest nicht einfach: Alle seit 2001 angestellten WissenschaftlerInnen (abgesehen von den Professuren) sind zeitlich befristet. Trotz Evaluierung und Leistungsdruck gibt es keine erkennbaren Verfahren, die eine Weiteranstellung nach Ablauf der Befristung gewährleisten würden. Damit besteht die Gefahr, dass es wieder zu einem Generationsverlust kommen könnte, der diesmal darin bestünde, dass zuerst eine Gruppe von NachwuchswissenschaftlerInnen mit neuen Stellen angelockt, dann aber wieder vor die Tür gesetzt wird.

Zum kritischen Potenzial in Forschung und Lehre leisten alle dieser Personengruppen ihren Beitrag. Zum Selbstverständnis kritischer Politikwissenschaft gehören vor allem engagierte Lehre und die Nähe zu den Studierenden, die ihrerseits in ihrem kritischen Denken gefördert werden sollen. Die geschilderten Zustände erschweren ein solches Engagement ungemein. Inzwischen kann man von einer unseligen Mesalliance zwischen dem entsetzlichen Betreuungsverhältnis einerseits und der Output-Orientierung andererseits sprechen. In einer Situation, in der nur die Zahl der AbsolventInnen relevant ist, und der Sparstift angesetzt wird, dominiert letztlich eine Ideologie der Massenabfertigung. Lehre soll so gestaltet werden, dass möglichst viele Studierende mithilfe großer Vorlesungen und multiple-choice Prüfungen durchgeschleust werden können.

Das soll keine Ausrede sein: Gute Lehre und Betreuung sind möglich, wenn auch unter erheblichem Mehraufwand. Lehrende, die mehr leisten, tun dies allerdings auf eigene Rechnung, und sie dürfen ihr Engagement nicht als Entschuldigung gebrauchen, wenn ihr Output in der Forschung zurückgeht. Dies führt zu einer kontinuierlichen Mehrbelastung, die sich wie eine Zermürbungstaktik darstellt. Wer unter den gegebenen Rahmenbedingungen

immer noch kritische Forschung und Lehre machen will, ist frei dies zu tun, muss dann aber auch bei sich selbst den Fehler suchen, wenn die Arbeitswoche 60 Stunden hat.

Am Balkan

Relevant für kritische Lehre ist nicht nur die Art des Unterrichts, sondern darüber hinaus die Vielfalt des Lehrangebots. Denn auch Studierende sollten sich kritisch betätigen und ihren Interessen entsprechend entfalten können. Dafür bedarf es eines breiten inhaltlichen Spektrums im Lehrangebot. Dem muss auch eine breite Ausrichtung in der Forschung korrespondieren, damit Lehre forschungsnah sein kann. Alles andere wäre Schule und nicht Universität.

Ist es ein Zufall, dass von Seiten der Universitätsleitung der Vorwurf erhoben wird, die Politikwissenschaft habe ihr Curriculum zu bunt, zu vielfältig und damit zu teuer konzipiert? Das Lehrbudget sei ausreichend; es mangle schlicht an Spezialisierung. Nur wenige Forschungsfelder und ein entsprechend enges, verschultes Studium können finanziert werden und die Disziplin unter die top-ten des Worldranking in politikwissenschaftlicher „Nano-Forschung“ katapultieren. Dahinter steckt ein Verständnis reiner Wissenschaftlichkeit, die in ihrer Praxis einem bestimmten, nicht zu hinterfragenden Paradigma folgt und in diesem Sandkasten zum globalen Player der Scientific Community avanciert. Kein Schauen über den Tellerrand, kein Experimentieren mit anderen Ansätzen, keine Auseinandersetzung mit konkurrierendem Denken.

Politikwissenschaft hält sich selten daran. Gabriel Almond (1988) hat daher die Vielfalt im methodisch-theoretischen Zugang einmal als „Balkanisierung“ beklagt. Doch man darf mittlerweile ernsthaft anzweifeln, ob der Politikwissenschaft eine paradigmatische Festlegung auf eine alleinige methodologische Epistemologie gut täte. Mit ihrer

Verteidigung der Vielfalt innerhalb der Politikwissenschaft steht das Wiener Institut in einer kritischen Tradition, die sich nicht auf linke Inhalte reduzieren lässt.

Kritische Politikwissenschaft beansprucht Methoden- und Theorienpluralismus; sie behauptet von sich, eine kreative Praxis von Wissenschaft auszuüben. Dieses Ideal umzusetzen fällt auch den VertreterInnen in Wien nicht unbedingt immer leicht. Die schwierigen Rahmenbedingungen können als ein Grund dafür gesehen werden; als Ausrede sind sie jedoch untauglich. Wenn es stimmt, dass die Vielfalt konkurrierender Ansätze und Theorien ihre Basis ist, dann muss eine kritische Politikwissenschaft sich selbst und ihren SkeptikerInnen gegenüber beweisen, dass sie kommunikativ, theoretisch stringent und gesellschaftlich relevant ist. Das bedeutet, sie muss eine offene, rationale Diskussion über Theorien und Weltansichten nicht nur zulassen, sondern maßgeblich forcieren. Es kann nicht darum gehen, blind einen Ansatz zu verteidigen.

Im Augenblick spiegeln Forschung und Lehre der Wiener Politikwissenschaft diese Vielfalt noch. Dahinter steht ein wissenschaftliches Selbstverständnis, das sich dem Diktat ökonomischer Rationalität nicht beugen will. Auch wenn Almond dies „Balkanisierung“ nennen würde, so ist dem nur zu erwidern, dass der Balkan bekanntlich in Wien beginnt.

Literatur

Almond, Gabriel (1988): *Separate Tables: Schools and Sects in Political Science*. In: *PS: Political Science and Politics* 21, 828-842.

Godin, Benoît (2005): *Measurement and Statistics on science and technology. 1920 to the present*, New York.

Nye Jr., Joseph S. (2009): *Scholars on the Sidelines*. In: *Washington Post*, 13.4.2009, A15.

„Mit 65 darf man ein wenig naiv sein“ Eva Kreisky im Interview

Eva Kreisky war an der Freien Universität Berlin Professorin für Politikwissenschaft, ehe sie 1993, zunächst als Gastprofessorin, ab 1995 dann als Ordentliche Professorin ans Wiener ipw kam.

Tina Olteanu und Meropi Tzanetakis sprachen mit ihr über Veränderungen am ipw, monokratische Strukturen und wie es möglich ist, optimistisch zu bleiben, auch wenn alles dagegen spricht.

Politix: Was sind die größten Veränderungen, die Du am ipw seit 1993 beobachten konntest?

Eva Kreisky: Im positiven Sinne – die personelle Ausweitung und die räumliche Situation, auch wenn es heute wieder Engpässe gibt. Das Institut war zuvor in einem merkwürdigen Zustand: Die räumlichen Bedingungen in der Währinger Straße 28 waren ganz schlimm – mein Arbeitszimmer kaum größer als ein Schreibtisch und der Hörsaal schimmelig und feucht. Das kann man sich heute kaum mehr vorstellen. Damals ist mir gesagt worden: Nur nichts anrühren, wir kommen irgendwie miteinander zurecht und das genüge. Für mich ist aber relativ schnell die Entscheidung festgestanden: wenn ich bleibe, dann engagiere ich mich auch, ansonsten gehe ich wieder. Ich habe mich dann fürs Bleiben und fürs Engagieren entschieden.

Die negativen Veränderungen sind hauptsächlich durch neoliberale Universitätsreformen entstanden. Der wesentliche Unterschied drückt sich so aus: Wenn man früher um etwas gekämpft hat und einigermaßen geschickt mit den Verhältnissen umgegangen ist, konnte man zu Erfolgen kommen. Das ist heute nicht mehr selbstverständlich. Jetzt kann man Hürden überwinden, aber ohne Erfolg zu haben, weil die monokratische Struktur der Universität es nicht zulässt. Früher gab es mehr kollektive Organisationsstrukturen, während heute eine extreme Individualisierung und damit verbunden, eine Entpolitisierung bemerkbar ist.

Politix: Wie zeigt sich die monokratische Struktur der Universität?

Eva Kreisky: Die gesamte Universitätsverwaltung ist nach dem Prinzip des „muddling through“ angelegt. Es werden Projekte ins Leben gerufen, ohne dass immer die Voraussetzungen erfüllbar, die Ressourcen vorhanden sind oder die dienstrechtlichen Bedingungen stimmen. Die Universitätsreform kann mit einem Bild von Ada Pellert beschrieben werden: Es ist wie der Versuch bei einem Auto während der Fahrt die Reifen zu wechseln. Das verbildlicht die triste Situation sehr gut. Und es ist sicherlich eine neuartige Situation, da die Organisationsnormen, die Studiennormen, die dienstrechtlichen Normen, also alles gleichzeitig geändert und noch dazu nie evaluiert wurde.

Die dezidierte Absicht war es, eine monokratische Universitätsstruktur zu bauen und Entscheidungen zu zentralisieren. Das hat Entpolitisierung und Individualisierung zur Folge.

Politix: Wie zeigt sich diese Entpolitisierung und Individualisierung?

Eva Kreisky: Seit den Universitätsgesetzen, besonders seit 2002, hat es kaum mehr Kämpfe gegeben. Stattdessen kann man individuelle Aushandlungsprozesse beobachten: Früher hat man versucht als eine Art Kollektiv für die Fakultät oder für das Institut Verbesserungen zu erkämpfen; heute entsteht der Eindruck, dass man nur Erfolg haben kann, wenn man als EinzelkämpferIn auftritt. Erst in letzter Zeit wird wieder ein Aufblühen des gemeinsamen Kampfes sichtbar – wohin das führt, bleibt vorerst offen.

Politix: Wie siehst Du das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden?

Eva Kreisky: Die Universität ist ein bisschen ein Ort der Gesprächsvermeidung – das geht von beiden Seiten aus. Die Lehrenden igeln sich zum Teil ein, und die Studierenden versuchen jeder persönlichen Konfrontation auszuweichen. Ich versuche immer den Studierenden klar zu machen, dass sie miteinander kooperieren müssen. Es muss nicht alles über die Autoritätspersonen laufen. Wir sind ja eigentlich nur dazu da, gute Diskussions- und Arbeitsbedingungen

zu ermöglichen, aber nicht nach vatikanischer Manier eine Kontroverse zu entscheiden. Darin sehe ich nicht meine Aufgabe. Ich sehe mich eher dafür zuständig, einen Raum zu schaffen, in dem vernünftig miteinander gearbeitet werden kann.

Politix: Wie hat sich dein Arbeitsumfeld verändert?

Eva Kreisky: Es hat sich „beschleunigt“, auch weil die Studierenden rascher durch das System wollen. Es gibt nicht mehr die Moratorien, wo man sich Zeit nimmt und auf etwas einlässt. Jetzt hat man den Anspruch möglichst zügig durch das Studium zu kommen. Damit stapeln sich bei uns Studierendenarbeiten. Wir sind irgendwie zu Lesemaschinen geworden. Ich finde es wichtig, das Gespräch zu suchen, und nicht einfach nur Noten auszustellen. Nachbesprechungen von Seminararbeiten, wie ich sie durchführe, sind so eine Strategie.

Politix: Was ist Dein Anspruch als Politikwissenschaftlerin?

Eva Kreisky: Ich möchte die Welt besser verstehen können. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich Dinge verändern. Politikwissenschaft ist ein Instrument dazu und ich glaube, wir haben noch nicht alles ausgeschöpft, was möglich wäre. Auch wenn die Verhältnisse nicht so sind wie wir es gern hätten, kann man trotzdem in diese Richtung arbeiten und dazu beitragen, dass die negativen, destruktiven Gesellschaftsentwicklungen vielleicht doch gestoppt werden können und sich dadurch auch wieder positive Erfahrungen einstellen.

Politix: Wie würdest Du die gesellschaftliche Funktion von Politikwissenschaft einschätzen?

Eva Kreisky: Politikwissenschaft kann politisch etwas beitragen. Das funktioniert leichter, wenn es

ein reformorientiertes, politisches System gibt, in das man sich besser einbringen kann. Viele von uns haben sicherlich bestimmte Phasen mit größerer Politiknähe, in denen wir z.B. Expertisen erstellt und uns stärker eingebracht haben. Das ist natürlich mit einer reformfeindlichen, entdemokratisierenden Regierungskonstellation sehr viel schwieriger. Es gibt sicher Bereiche, wo die Kooperation zwischen reformfreundlichen Beamten und zuarbeitenden Sozialwissenschaften erhalten bleiben konnte. Beispielsweise hat im Justizbereich das Institut für Kriminal- und Rechtssoziologie sehr enge Arbeitskontakte mit durchaus fortschrittlichen Beamten. Es gibt aber viele Bereiche, wo das nicht der Fall ist: So gibt es verschiedene Abteilungen in der Bundesverwaltung, die die Weichstellungen durch die schwarz-blaue Regierung nicht überdauert haben. Das Problem einer steigenden Beratungsresistenz besteht in meiner Wahrnehmung seit Mitte der 1990er Jahre. Das kann als eine postfordistische Ära bezeichnet werden, in der nicht nur ein systematisches Aushöhlen von Wohlfahrtsstaatlichkeit stattgefunden hat, sondern eben auch eine Reduktion sozialwissenschaftlicher Auftragsforschung. Dieses kritische Wissen wäre aber wichtig für Politik und Verwaltung.

Politix: Wenn man diesen Trend betrachtet, was vermutest Du: Werden wieder wissenschaftliche Biotope entstehen können?

Eva Kreisky: Biotope werden sicher entstehen können. Die Frage ist, ob aus diesen Biotopen „etwas wird“. Dazu muss es Personen geben, die Ideen haben, die sich engagieren, die etwas Neues aufbauen wollen, die demokratische Ansprüche haben, die mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft anstreben. In der

politischen Landschaft selbst muss es Kräfte geben, die mit solchen WissenschaftlerInnen kooperieren wollen. Es muss auch kritische Medien geben, die das kundtun. Ich glaube nicht, dass es reicht, in „peer-reviewed Journals“ von einer Hand voll anderer KollegInnen gelesen zu werden. Ich glaube, dabei geht es nämlich stark um andere Verwertungsstrategien von Wissen.

Politix: Wie schätzt du die heutigen Formen der Leistungskontrolle in der Wissenschaft ein. Hat es die vorher schon gegeben oder sind das eher neue Verfahren?

Eva Kreisky: Diese „Unkultur“ hat es in dieser Form nicht gegeben. Es war primär der Erwartungsdruck, dem man sich selber ausgesetzt hat. Es gab sicherlich Leute, die in dem „Biotop Universität“ leben konnten, ohne etwas zu publizieren. Die sind eher zufällig reingerutscht und konnten wunderbar existieren. Letztendlich war das höchst ungerecht im Vergleich zu denen, die sehr engagiert gearbeitet haben. Ich empfinde die heutige Form von Evaluierung als ein Ritual, das Beschäftigung schafft, aber nicht wirklich die Qualität verbessert. Mir ist kein Beispiel in Erinnerung, wo im Anschluss an das Evaluierungsverfahren in irgendeiner Form eine Veränderung vorgenommen wurde. Das ipw ist vor mittlerweile neun Jahren forschungsevaluieren worden – es hat keine Konsequenz daraus gegeben. Es ist ein irrsinniger Aufwand betrieben worden, um die Selbstberichte zu verfassen, aber es werden keine Schlussfolgerungen gezogen. Daher ist es nichts mehr als eine Zeremonie, ein Ritual.

Politix: Glaubst Du, dass Evaluierungen der Universität nützen?

Eva Kreisky: Man kann die Evaluation beliebig aus der Tasche ziehen, um die Ergebnisse gegenüber missliebigen Personen als Repressionsinstrument anzuwenden. Das ist allemal nützlich, allein schon der Gestus, dass die Spitze der Universität sagen kann: Wir wissen mehr als ihr wisst!

Evaluierung muss nicht grundsätzlich „so“ sein, aber wenn sie als Instrument der Herrschaftskontrolle angelegt ist, kann nichts anderes dabei rauskommen. Es kann uns weiterbringen, wenn über die Tätigkeit und die Evaluationskriterien eine vernünftige Diskussion zustande kommt, aber wenn uns das Instrument entzogen und übergestülpt wird und das Potential der Repression darin angelegt ist, dann ist der Effekt gleich null. Im Regelfall ist es so, dass man recht uninformierten Peers die Verhältnisse erklärt. Sinnvoller wäre es, wenn das Institut oder die Fakultät einen Selbstbericht verfasst, den man gemeinsam diskutiert und Konsequenzen daraus gezogen werden.

Politix: Hast Du alternative Evaluationsverfahren gemacht?

Eva Kreisky: Ich habe das System am IHS (Anm: Institut für höhere Studien) erlebt, wo es einen wissenschaftlichen Beirat gab. Wir haben einen Tätigkeitsbericht geschrieben und diesen dann mit dem Beirat diskutiert. Da hat es Hinweise und Hilfestellungen gegeben, man konnte entscheiden – nimmt man es auf, nimmt man es nicht auf. Damals saß allerdings so jemand wie Lazarsfeld im Beirat, der für zwei Wochen angereist ist, um unsere Forschungsberichte zu lesen und diese mit uns einzeln zu diskutieren. Natürlich hat man etwas dabei gelernt. Damals hat es noch nicht so ein Brimborium gegeben wie die Fremdevaluierung – es war eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Politix: Wenn Du eine Vision entwerfen könntest, wie würde die ideale Situation am ipw aus? Was wäre deine negative Vision?

Eva Kreisky: Mein Ideal wäre, was im Begriff der „universitas“ steckt, also

die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden wirklich zu realisieren. Ich würde mir mehr Auseinandersetzung, mehr Wahrnehmung der Anderen, Respekt für die anderen Leute und deren Arbeit am ipw wünschen. Was mir am schwersten fällt ist dieses „Nebeneinander-Existieren“ – ohne wahrzunehmen was die anderen machen und nur von der Bedeutung der eigenen Arbeit auszugehen. Da stehen wir etwas an der Kippe, da das Desinteresse aus meiner Perspektive zuzunehmen droht. Die negative Vision ist, dass alles so weiterläuft wie bisher, und sich der Trend, nur noch auf sich und die eigene Forschung zu schauen, verstärkt.

Politix: Würdest Du aus heutiger Sicht noch einmal eine wissenschaftliche Karriere anstreben?

Eva Kreisky: Ich hatte nie den Plan, eine wissenschaftliche Karriere zu machen. Das hat sich irgendwie ergeben. Es gibt irgendwann einmal den Punkt, wo es kein Zurück mehr gibt und ich bereue es nicht. Mir macht im Grunde genommen die Arbeit mit Studierenden viel Spaß. Ich habe meine Lehrveranstaltung immer so geplant, dass ich für mich offene Fragen behandelt habe. Das finde ich selbst auch spannend. Dadurch habe ich also meine Interessen berufsmäßig betreiben können, und es gibt nichts Besseres als das.

Politix: Was würdest Du heute NachwuchswissenschaftlerInnen raten?

Eva Kreisky: So zu tun als ob die widrigen Verhältnisse nicht existieren würden und sich auf das zu konzentrieren, was für die eigene Entwicklung und auch für die Berufsentwicklung wichtig ist – der Rest ist besser zu ignorieren. Es werden Zeiten kommen, in denen andere Kriterien als heute wichtiger werden. Jetzt zu resignieren und den Rückzug anzutreten, halte ich nicht für sinnvoll. Wie gesagt, es hat Perioden gegeben, die ebenso schlecht und ungünstig waren und trotzdem kam es zu einer Veränderung. Ich gebe nicht auf!

Und: Natürlich gibt es jetzt auch Vorstöße der Universitätsspitze, zum

Beispiel wenn man die Publikationsstrategie nimmt. Bisher existiert keine Publikationspflicht: Niemand kann festlegen, was ich wann, wie, wo veröffentliche. Ich veröffentliche dort, wo es mir sinnvoll erscheint, dort wo ich etwas bewirken kann. Dann frage ich nicht danach, wer evaluiert jetzt diesen Artikel, wer schreibt ein Gutachten? Bekanntlich kann man alles „schlecht-achten“. Dann ist das für mich absurd.

Hey, haste

von Luise Luksch

Studentin am ipw und
Redaktionsmitglied

Sympathisch verträumter, hochsmotivierter, überzeugt predigender Weltretterapostel mit idealistischer Schlagseite und Hang zu sozialem Gewissen sucht wild entschlossene, sozial engagierte, politisch korrekte Weltfriedensstifterin mit Neigung zu Philosophie für heiße und innige Stunden der Theoriedebatte und Paperproduktionszweisamkeit im Zuge der Bewältigung des Politologiecurriculums an der Universität Wien. Du solltest zwischen Achtzehn und Zwanzig sein, keine Papierallergie haben, mit Eifer bei der Sache sein und einen vollen Stundenplan dein Eigen nennen. Die Bereitschaft zur Zusammenlegung der Haushalte und die Einbringung und gemeinsame Bewirtschaftung

Politix: Spißt sich das nicht? Wenn man dort publiziert, wo es einem ein Anliegen ist, publiziert man wahrscheinlich nicht in den peer-reviewed Journals. Wenn man sich aber für eine Stelle auf der Uni bewirbt, wird genau das gefordert.

Eva Kreisky: Das Risiko muss man eingehen. So wie das jetzt hier als Publikationszwang exekutiert wird, ist es z.B. in Deutschland längst nicht der Fall. In Wirklichkeit musst du schon nach diesem Muster geprägt sein, damit

du dich überhaupt einmal für eine AssistentInnen-Stelle bewerben kannst – absurd! Man darf sich dann ja nicht weiterentwickeln. Das gehört zu dieser neoliberalen Situation dazu, nach dem Motto: Nur Jugend zählt, aber nur die Jugend, die auf eine bestimmte Weise geprägt ist. Rasch gehört man zum „alten Eisen“ und wird aussortiert. Wenn ich mir meinen Lebensverlauf anschau – wann ich wie geprägt wurde durch Erfahrungen, die ich dann wirklich souverän weitergeben konnte – dann

hat das eine Weile gedauert. Ich bin erst zu dem Menschen „geworden“, der ich heute bin. Aus den gegenwärtigen Reformen spricht für mich eine gewisse Verachtung für Menschen, deren Leben und deren Erfahrungen. Da muss man aber nicht mitspielen! Manche würden sagen, ich bin naiv, aber mit 65 darf man ein wenig naiv sein!

mal nen Punkt?



eines prallen Punktekontos sind die einzigen Grundvoraussetzungen. Interessierte schicken den Nachweis ihres Punktestandes an schlumpfisuchtpunkti@dots.com. Die Reihung erfolgt azendent.

Da Wirtschaftskrise und Rezession letztendlich auch die Pforten der Alma Mater erreicht zu haben scheinen, ist es Zeit für konkretes Handeln. Mit ein wenig Verständnis, Einsicht und

Entschlossenheit sollte hier endlich der Weg für den längst überfälligen Pragmatismus (ja! auch auf einer Sozialwissenschaft) geebnet werden – das Anmeldesystem MUSS in Wert gesetzt werden.

Sehen wir den Tatsachen also ins Auge. So ein Punkt hat schließlich einen Wert. Für die Studiengebühren von € 363 bekommt man auf der Politikwissenschaft 2000 Punkte pro Semester. Das macht € 0,181

pro Punkt. Der Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft voreilends gehorchend, ist es von höchster Dringlichkeit, ein inneruniversitäres Spar- und Tausch-/Kaufsystem einzurichten. Die durch die Bezahlung von Studiengebühren erworbenen und damit im Eigentum jeder/s Studierenden stehenden Punkte müssen äquivalent zu und gemäß den gesetzlichen Eigentumsbestimmungen zur freien Disposition ihrer EigentümerInnen stehen. Die Normativität des Faktischen wird hier besonders evident. Wer durch den Einsatz der eingesetzten Punkte keine Lehrveranstaltung ergattert, muss diese in einem Umlageverfahren von der Uni rückerstattet und zumindest die Möglichkeit eingeräumt bekommen, diese am freien Uni-Punktemarkt veräußern zu können. Dieselbe Logik ist auch für nicht verbrauchte und „Restpunkte“ anzuwenden. Wer in einem Semester weniger ausgibt oder sparsam

lebt, hat sich redlich einen Vorrat erwirtschaftet – und kann im nächsten Rennen so richtig gut punkten.

Damit in zwingendem Zusammenhang stehend und als Debatte ausständig, folgende Fragen: Wie viele Punkte ist so eine Lehrveranstaltung überhaupt wert? Kommt hierbei die traditionelle Variante von Angebot/Nachfrage zur Anwendung, quantitative Grundlagen also, oder wird besser nach der modischeren Evaluation gemessen, qualitative Grundlagen also? Wie sieht es mit der Wertsicherung seitens der Universität aus? Wird hier punktgenau veranlagt? Bekommt die Gedankenstromanalyse womöglich erneut Brisanz, wenn wieder wichtig wird, wie viel Mehrwert so ein schnöder sozialwissenschaftlicher Gedanke im Hirn in Euro wiegt? Hochfrequent liegt bald im Trend. – Nu, man wird noch sehen.

Um dem Gegenstand des vorliegenden Artikels nochmals punktuell einen sophisticated turn zu verpassen, seien noch ein paar Zeilen auf die Urmutter aller Fragen verschwendet, äh hoppla, investiert natürlich: Was ist das Politische an Politikwissenschaft? Verflixte Sache, das. Und wenn es das überhaupt gibt, a

priori und per se, wie verhält es sich dann mit dem Politischen an (angehenden) PolitikwissenschaftlerInnen?

Das Politische an der Politikwissenschaft existiert nicht. Es entsteht erst durch das Politische an und in den Menschen, die an diesem Fach partizipieren und es weiterentwickeln, es ist ergo chronologisch die Summe vieler vieler PolitologInnen, die das Politische erst durch ihr Politikverständnis eingebracht, geformt, definiert und artikuliert haben.

Politikwissenschaft sollte folglich kein selbstreferentielles System sein (und auch das redundante Lamento darüber ist obsolet) – *man* ist nicht automatisch politisch, weil man Politologie studiert oder lehrt. Die Gründe, Motivationen und Haltungen der Menschen, die dieses Studium auswählen und beginnen sind mannigfaltig. Es wäre ein Irrglaube, einfach anzunehmen, dass jedem dieser Menschen ein politisches Rückgrat und/oder politisches Engagement inhärent sei.

In diesem Zusammenhang bleibt eben auch unbeantwortet, wieso Studienbedingungen so hingenommen werden, wie sie vermeintlich vorgegeben sind. Je nach Blickwinkel

auf Gesellschaft, ihre Verfasstheit und ihren Sinn und Zweck, wird Bildung, Wissenschaft und Forschung unterschiedlich beurteilt und bewertet – kritisch nur dann, wenn politisches Rückgrat und vielleicht sogar noch politisches Engagement in einer Person zusammenkommen. Und selbst dann bleibt noch die Frage, ob man es sich wünscht bzw. leisten möchte, ein Leben in prekären Verhältnissen in Kauf zu nehmen, um Widerstand gegen träge Mehrheitsbeschlüsse und -entscheidungen zu leisten.

Der zentrale Unterschied zu anderen Disziplinen besteht meines Erachtens darin, dass in der Politikwissenschaft zumindest der Raum und Platz für genau diese Fragen existiert. Zu einer Antwort muß jede/r für sich selbst kommen. Mit oder ohne Punkte-Anmeldesystem. Punktum.

Wessen Existenzlektorat?

Die Initiative zur Vernetzung der externen LektorInnen stellt sich vor

von der
Initiative zur Vernetzung
externer Lektoren

Im Zuge der Diskussion über die Einführung des neuen Kollektivvertrags für Universitätsbedienstete machte das Büro des Rektorats Winckler in seiner jüngsten Aussendung auf eine „Fehlentwicklung“ in der aus vorautonomen Tagen geerbten Personalstruktur der Universität Wien aufmerksam. Damit gemeint waren die Externen LektorInnen, die an der Universität Wien mehr als 50% der Lehre abhalten. Eine Situation, die noch in verstärktem Maße auf das Institut für Politikwissenschaft zutrifft.

Wer sind die Externen?

Die sogenannten Externen sind Lehrende, deren Arbeitsverträge semesterweise auf (in der Regel) einen Lehrauftrag befristet sind. Neben dieser Lehrtätigkeit geht ein Großteil der Externen einem anderen Haupterwerb nach: typischerweise sind wir an anderen Universitäten, im außeruniversitären wissenschaftlichen Bereich, in Internationalen Organisationen oder NGOs beschäftigt. Das Spektrum der Beschäftigungsverhältnisse reicht

dabei von prekären Projektverträgen bis zu festen Anstellungen. Gemeinsam ist den Externen jedenfalls, dass die Bezahlung aus dem Lehrauftrag nicht existenzsichernd ist. Im Gegensatz dazu sichern die externen LektorInnen jedoch die Existenz der Lehre an der Universität Wien.

Ausgehend von der Vorstellung, dass die Lehre von Mittelbau und ProfessorInnen getragen wird, hat Rektor Wincklers Schluss, dass die Externen LektorInnen eine „Fehlentwicklung der Personalstruktur“ darstellen, seine Berechtigung. In Anbetracht der Realität des Instituts für Politikwissenschaft, in der keine den Studierendenzahlen entsprechende Aufstockung des wissenschaftlichen Personals erfolgt oder zu erwarten ist, ist die Aussage jedoch zynisch. Die externe Lehre stellt die tragende Säule des Lehrbetriebs dar, ohne die die universitäre Lehre längst kollabiert wäre. In den jüngsten Diskussionen um die Verbesserung der Lehrsituation wird immer öfter auf ein neues Zukunftsmodell verwiesen, das die externe Lehre ersetzen soll: die „Senior Lecturers“; ein schöner Euphemismus für LehrerInnen. Die Senior Lecturers sollen Lehrverpflichtungen von bis zu 13 Semesterwochenstunden übernehmen, eine Freistellung für eigene Forschung ist bei einem solchen Pensum nicht vorgesehen. Dadurch wird der Anspruch auf die Einheit von Forschung und

Lehre, anders als beim Einsatz Externer LektorInnen, aufgegeben. Abgesehen davon, dass viele KollegInnen ihren Job an der Universität verlieren würden, würde die Universität mit dem Einsatz des Senior Lecturers Modell auch ein umfassendes Spektrum an Wissensgebieten und Kompetenzen verlieren. An der Beurteilung darüber, ob dieses Wissen als Bereicherung des Lehrangebots oder als Fehlentwicklung zu sehen ist, scheiden sich die Geister. Aus unserer Sicht sind die Externen jene, die die Qualität der Lehre am ehesten absichern können. Demnach müssten sie auch bei der Budget- und Lehrplanung als stabiler, wichtiger Faktor mitgedacht und nicht entsprechend einer auszubessernden Fehlentwicklung behandelt werden.

Organisierung statt Vereinzelung an der Powi

Die externen LektorInnen sind derzeit mit strukturellen und administrativen Mängeln konfrontiert, die weder für die Externen noch die Lehrsituation tragbar sind. Mangelnde Einbindung in die Kommunikation des Instituts, verspätete Gehaltszahlungen, Ausschluss von Institutsressourcen sind nur einige der Punkte, die vergangenes Wintersemester dazu geführt haben, dass sich einige LektorInnen des

Die Uni geht unter -

Instituts zu einem offenen, losen Kollektiv zusammengeschlossen haben. Erklärtes Ziel war und ist es, eine Basis für einen Austausch zu schaffen, spezifische Probleme zu besprechen bzw. gemeinsame Strategien und Pläne zu deren Behebung zu entwickeln. Auch der Vereinzelung der Externen, die letztendlich auch zum Verlust wertvoller Lehrerfahrungen führen, soll entgegengewirkt werden.

In mehreren Treffen wurde ein Forderungspapier ausgearbeitet, das Punkte wie bessere Kommunikation zwischen externen LektorInnen und Studienprogrammleitung bzw. Institut, Mitbestimmung, Transparenz bei der LV Vergabe, rechtzeitige Bezahlung, Planungs- und Vertragssicherheit, etc. beinhaltet. Dieser Forderungskatalog wurde von einer Reihe von KollegInnen unterstützt und in Treffen mit Studienprogramm- und Institutsleitung bereits diskutiert. Teile der Forderungen konnten bereits umgesetzt werden und die Kommunikationsbasis mit den Verantwortungsträgern hat sich spürbar gebessert, dennoch bleibt die Lage der Externen prekär. Daher werden weiter regelmäßige Treffen stattfinden zu denen alle Externen herzlich eingeladen sind. (Zur Kommunikation steht auch ein Email-Verteiler unter <http://not.priv.at/mailman/listinfo/lektorinnen> zur Verfügung.)

Unsere Forderungen behandeln mit der Qualität der Lehre einen Kernbereich der Universität und gehen damit über die bloßen Partikularinteressen einer Statusgruppe hinaus. Daher wünschen wir uns auch eine möglichst breite Unterstützung für unsere Anliegen, wobei insbesondere Studierende von den gemeinsamen Anliegen einer möglichst vielfältigen und kompetenten Lehre direkt betroffen sind.

Die jahrelange Unterfinanzierung der Sozialwissenschaften und Geringschätzung politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre von Seiten des zuständigen Ministeriums und des Rektorates der Uni Wien hatten schon früher zu prekären Verhältnissen geführt. Am Beginn des SoSe 2009 verschlechterten sich die Zustände am Institut für Studierende und Lehrende drastisch. Es wurden viel zu wenige Lehrveranstaltungen angeboten. In der Nachmeldephase kamen zwei freie Methodenplätze auf 200 StudentInnen. Externe LektorInnen werden miserabel entlohnt, aber dazu angehalten mehr Studierende in einem Seminar zu betreuen. LVs werden in viel zu kleinen Räumen abgehalten, was zu einer Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen führt. Im Diplomstudium wurden Grundkurse nicht mehr angeboten, im Bachelorstudienplan wurden nicht alle Spezialisierungsmodule und zu wenige Lektürekurse angeboten, Bachelorseminare fehlten komplett. Darüber hinaus herrscht in vielen Bereichen, wie etwa des Bachelorabschlusses, der Anrechnung von Wahlfächern und der Gegenrechnungsmöglichkeit bei Bachelor/Diplom-LVs, große Verwirrung.

Anfang März wurde zu einer ersten Institutsvollversammlung geladen, darin hatten Studierende, Lehrende und SPL die Möglichkeit, die Situation zu diskutieren. Der, von der ersten HörerInnenvollversammlung beschlossene Forderungskatalog wurde vorgestellt, unter anderem

ein größeres LV-Angebot, bessere Räumlichkeiten aber auch freien Zugang zum Masterstudium und ein höheres Budget gefordert. Drei statusübergreifende Arbeitsgruppen konstituierten sich: Lehre, Aktionen, Hochschulpolitik.

Nach einem Gespräch zwischen Vizerektorin, SPL und StV sind einige Verbesserungen in Aussicht gestellt worden. Papier aber ist bekanntlich geduldig... Es gilt sicherzustellen, dass sich tatsächlich etwas zum Besseren wendet und die weiteren, wichtigen Forderungen der Studierenden umgesetzt werden. Daher darf der Unmut und dessen Artikulation nicht verpuffen, Vernetzung und Organisierung müssen weitergehen. Die im Herbst zu verhandelnden Zielvereinbarungen könnten manch böse Überraschung bereithalten... Ohne massive Erhöhung der finanziellen Mittel wird sich die Situation nicht wesentlich verändern. Das prognostizierte hohe Budgetdefizit lässt eine Aufstockung durch das Ministerium als wenig realistisch erscheinen, oder wenn, nur in Verbindung mit weiteren Selektionsmaßnahmen. Erfolge werden nicht durch Appelle erreicht, es braucht Druck durch die Einbeziehung einer breiten Basis. Emanzipative Politik kann nur Ergebnis von Selbstorganisation sein. Schon bei Bertolt Brecht heißt es: „Wer

die Powi begehrt auf

kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Die AG Aktionen

Selbstverständnis der „Aktionsgruppe“ ist es, auf die Missstände am Institut aufmerksam machen zu wollen und Druck für die Umsetzung von Verbesserungen zu machen. Erster Schritt sollte die Mobilisierung von Politikwissenschaft-StudentInnen sein, sowie das Bekanntmachen des Unmutes auch außerhalb des eigenen Institutes. Dazu wurde ein Protestzug im Vorfeld der zweiten Institutsvollversammlung organisiert. Als mobilisierende Aktionen füllten wir die Gänge des Institutes mit Luftballons, an denen Flyer für den Protestzug befestigt wurden. Diese ungewöhnliche Art der Bewerbung von Demonstrationen hatte Wirkung gezeigt. Rund 150 Powi-StudentInnen, aber auch einige solidarische KollegInnen anderer Studienrichtungen, zogen lautstark am 2. April durch das NIG, durch das Hauptgebäude sowie über den Ring. In besuchten LVs wurden Flyer für eine geplante institutsübergreifende Aktion verteilt. Ziel war, nach der Aktivierung der PoWi-StudentInnen, aufzuzeigen, dass diese Missstände nicht eine Studienrichtung treffen, sondern uniweit vorherrschen. Für Juni ist ein Aktionstag geplant. Er soll die Möglichkeit geben, sich mit anderen StudentInnen zu

vernetzen, politische Workshops zu besuchen, zu diskutieren und weitere Aktionen für den Herbst zu planen. Auch wird es wieder eine nette aktivierende Mobilisierungsaktion geben. Treffen werden über doodle-Umfragen, deren Link ihr auf powi.at findet ausgemacht. Auch gibt es die Möglichkeit, sich in den Mailverteiler einzutragen (<http://groups.google.com/group/univieprotest?hl=de>) oder eine Mail zu schicken an univieprotest@googlegroups.com. In den nächsten Wochen müssen Aktionstag sowie Mobilisierung detailliert geplant werden. Wir freuen uns über neue Gesichter und helfende Hände!

Die AG Lehre stellt sich vor

Die Arbeitsgemeinschaft Lehre hat sich nach der ersten Institutsvollversammlung (IVV) vom 10. März 2009 neben den AGs Hochschulpolitik und Aktionen gegründet und trifft sich seitdem regelmäßig am ipw. Die AG versteht sich als statusübergreifende Gruppe, in der sich Studierende, InstitutsmitarbeiterInnen und externe Lehrende zusammen in offen zugänglichen Treffen mit Problemen und Herausforderungen hinsichtlich der Lehrsituation am ipw auseinandersetzen und vernetzen können. Auf diesem Wege benannten wir zuerst die wichtigsten Problemfelder, wobei auch die gesammelten Meldungen aus HörerInnen- und Institutsvollversammlungen mit

eingeflossen sind, die auf der zweiten IVV als Forderungen an Studienprogrammleitung (SPL) und Rektorat formuliert und vorgetragen wurden. Zudem haben wir auf dieser Versammlung den offiziellen Auftrag zur Kriterienerstellung für eine Bedarfsprüfung hinsichtlich der Lehrsituation erhalten, weshalb das mittel- und langfristige Ziel der AG Lehre darin liegt, ein Konzept für eine neue Lehrkultur am Institut auszuarbeiten, welches für alle Statusgruppen die Lehre in Zukunft bestmöglich gestaltet.

Probleme und Forderungen

Bei unserem ersten Treffen wurde schnell deutlich, dass die Liste mit Problemen lang werden wird, da diese nicht nur kurzfristig immer wieder auftreten, sondern teils schon als chronisch gelten. So klagten die Anwesenden aller Studienpläne (Bachelor/ Master/ Diplom) über fehlende und überfüllte Kurse, die zudem noch in zu kleinen Räumen stattfinden, was nicht nur ein schlechtes Betreuungsverhältnis verursacht, sondern Studierende staatliche Transferzahlungen verlieren, da sie ihr Studium nicht in der vorgeschriebenen Zeit abschließen können. Besonders bei (Pro-)Seminar- und Abschlussarbeiten führen diese Zustände zu hohen Drop-Out Raten und damit zu einer noch längeren Studiendauer. Daher forderte die AG Lehre auf der IVV vom 2. April neben einem freien und offenen

Hochschulzugang, dass jedeR Studierende die Möglichkeit zu einem qualitativ hochwertigen Studium in gewünschter Dauer haben sollte. Die zweite große Forderung bezog sich auf die Verbesserung der Transparenz am Institut, was die Studierenden besonders bei den Themen Anmeldesystem und Anrechnungen von Lehrveranstaltungen betrifft, bzw. die Lehrenden bei der Vergabe von Lehrveranstaltungen. Die offensichtlich unvollständige Kommunikation und der oftmals fehlende Informationsfluss zwischen Lehrenden, Studierenden und der Studienprogrammleitung führt daher immer wieder zu Verwirrung und Konflikten, was durch einen regelmäßigen institutionalisierten Austausch größtenteils vermieden werden könnte. So ist für das Bachelorstudium noch immer nicht geklärt, wie die Organisation und die Betreuung der Abschlussarbeit ablaufen wird und dies obwohl das Studium bereits seit vier Semestern angeboten wird. Zudem werden benötigte Kurse in den Spezialisierungen nicht in allen Modulen angeboten und es mangelt an klaren Ansprechpersonen, die verbindliche Aussagen zum Studium treffen können. Diplomstudierende hingegen finden zunehmend weniger prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen vor, wobei weder die Kompaktkurse im September noch die Aussicht auf „sich reaktivierende Studierende“ bis zum Auslaufen des Studienplanes Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation darstellen. Zwar ist der AG Lehre bewusst, dass dem Institut keine unendlichen Gelder zur Verfügung stehen, die viele der angesprochenen Problemfelder wohl beseitigen würden, jedoch darf sich auch niemand im Bachelor- oder Masterstudium als „Versuchskaninchen“ oder im Diplomstudium als „Auslaufmodell“ fühlen. AusblickBei den nächsten Sitzungen werden die im Juni

stattfindenden Aktionstage geplant und wichtige inhaltliche Themen diskutiert. Die AG Lehre trifft sich regelmäßig bis Semesterende dienstags von 18.30 – 20.00 Uhr im Konferenzraum am Institut (A 222) und lädt weiterhin alle Interessierten zu diesen offenen Treffen ein.

AG Hochschulpolitik

Die Arbeitsgruppe Hochschulpolitik versucht sich im Rahmen ihrer Treffen mit dem inhaltlichen Unterbau der Entwicklungen am Institut auseinanderzusetzen. Dementsprechend haben wir uns mehrmals getroffen, um uns anhand kurzer Inputs oder vorheriger Textlektüre mit der Entwicklung der Hochschullandschaft und den Verknüpfungen mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen auseinanderzusetzen. Denn die prekäre Situation auf der Politikwissenschaft ist nur ein Ausdruck einer generellen Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne einer Ökonomisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen.

An den Universitäten war diese Umgestaltung vor allem durch das Universitätsgesetz 2002 (UG02) geprägt, dieses verwandelte die Universitäten in an betriebswirtschaftlichen Parametern orientierten Unternehmen, deren primäres Ziel das Bestehen in einem künstlich geschaffenen Standortwettbewerb und das Streben nach vermeintlicher Exzellenz ist. Dabei bleibt ein Großteil der Universitäts-Angehörigen ungeachtet ob lehrend oder studierend auf der Strecke. Denn insbesondere die Politikwissenschaft als ökonomisch schwer verwertbares Studium kann im „akademischen“ Wettbewerb kaum mithalten und will es vor allem gar nicht, weshalb es auch als nicht lohnend erscheint in die Studienrichtung zu „investieren.“ Unser Ziel als Arbeitsgruppe ist

es, einen Raum zu schaffen, in dem mit dieser Logik gebrochen wird, in dem konkret gefragt wird, welches Klima an der Universität vonnöten ist, um unseren individuellen Ansprüchen gemäß sinnvoll lehren, lernen und forschen zu können. Dabei ist es wichtig auch zu versuchen, den Stellenwert der Politikwissenschaft in der Gesellschaft und ihrer Verwertbarkeit, abseits von ökonomischen Anforderungen, zu diskutieren.

Dementsprechend werden wir uns auch in den nächsten Wochen des öfteren treffen und uns dabei vor allem erste Gedanken für das auf der letzten Institutsvollversammlung projektierte „Manifest der Politikwissenschaft“ machen. Aktuelle Termine der Arbeitsgruppe finden sich stets auf www.powiprotect.wordpress.com sowie auf www.powi.at.

AUFSTIEG IN DIE ARBEITSLOSIGKEIT - Das Studium der Politikwissenschaft: Soziale Selektivität und Berufschancen

von Mario Springnagel

Dissertant am ipw und Projektassistent
bei Prof. Fink (Europainstitut)

Durch den freien Hochschulzugang und die prinzipiell freie Studienwahl in Österreich sind die Rate der Studienabbrüche (drop-out Rate) und der Studienwechsel im internationalen Vergleich außergewöhnlich hoch. In einigen Studiengängen, wie z.B. der Politikwissenschaft liegt die Abbruchquote noch weit über dem österreichischen Durchschnitt (nach Schätzungen beträgt sie ca. 70%). Für die Naturwissenschaften und die technischen Studien liegen diese Raten deutlich niedriger, was durch die Studienmotivation und die Erwartungen an das Studium hinreichend erklärbar scheint. Da hohe Abbruch- und Wechselraten in einigen Studienrichtungen durch die in den Sozialwissenschaften unüblichen, vor oder nach Studienbeginn abgehaltenen „Ausleseprüfungen“ (z.B. Rechtswissenschaften, Medizin) bedingt werden, liegt gerade bei der Politikwissenschaft ein erklärungsbedürftiges Sonderphänomen vor. Mit dem Beginn des Bachelorstudiums am Institut für Politikwissenschaft Wien, erscheint der Zeitpunkt für den Start einer empirischen Longitudinalstudie äußerst günstig.

Aufbau der Studie:

Das Projekt ist als Longitudinalstudie konzipiert und soll damit Daten liefern, die diachron vergleichbar sind. Die Studie führen federführend Hans-Georg Heinrich und Karin Liebhart durch. Folgende Erhebungsschritte sind vorgesehen:

- Auswertung von Sekundärdaten – hier sollen die Exmatrikulations- und Übertrittswahrscheinlichkeiten, gegliedert nach Inskriptionsjahrgängen, Studienrichtungen und sozialer Herkunft berechnet werden (Datenbasis: BMfWF, Statistik Austria und universitätseigene Daten, alle österreichischen Standorte).

Der Vergleich mit anderen Studienrichtungen soll auch Vergleichsmaßstäbe liefern.

- Erhebung der Studienmotivation und der Erwartungen an das Studium (Datenbasis: Befragung in den Informationsveranstaltungen am Studienbeginn (Bachelorstudium, Auswertung mit simstat/wordstat, nur Wien)
- Befragung von StudienabbrecherInnen und -wechslerInnen, die unter anderem mittels Schneeballsystem identifiziert werden (Wien)
- Befragung von potentiellen StudienabbrecherInnen und -wechslerInnen (Wien).

Die Basisstudie wurde mit Beginn des WS 2007/08 begonnen und war auf ein Jahr angelegt. Am Beginn jedes Studienjahrs wird das bereits im WS 2007/08 gebildete Panel befragt sowie die Befragung von neuen Dropouts durchgeführt. Diese Studie wird bis zum Sommersemester 2011 weitergeführt.

Studie 2007

Der Fragebogen für die Online-Umfrage (n1 221) enthielt über 60 Fragen und erstmals auch eine offene Frage: „Beschreiben Sie bitte kurz Ihre Erfahrungen als PolitologIn in der Arbeitswelt“. Außerdem wurden 10 leitfadengebundene problemfokussierte Interviews mit AbsolventInnen und 22 leitfadengebundene ExpertInnen-Interviews (ArbeitgeberInnen, -vermittlerInnen) durchgeführt. Zusätzlich startete eine Umfrage unter StudienanfängerInnen des Bachelorstudium WS 2007/2008 (n 200), eine Langzeitstudie ist geplant.

Ergebnisse:

Soziale Herkunft/Schulabschluss der Eltern (des Vaters): Vater Matura/Hochschule 2007: 52% gegenüber

1996: 39,4%. Es zeigt sich eine Angleichung an den „Normalstatus“ österreichischer Hochschulen (Studienjahr 2005/2006: 46%). Allerdings ergibt sich eine paradoxe Situation: Der Bildungsgrad der Eltern beeinflusst Chancen auf ein erfolgreiches Studium, andererseits sind fast 50% der AbsolventInnen „soziale AufsteigerInnen“; die universitäre Ausbildung ist also nicht auf eine Selbstreproduktion der Bildungseliten zu reduzieren.

Berufsfelder – Ergebnisse der AbsolventInnenbefragung: Die Tendenz geht zur Verbreiterung des Berufsspektrums unter Beibehaltung der bisherigen Kernbereiche (universitäre und außeruniversitäre Lehre und Forschung, freie Dienstleistungen, öffentlicher Dienst, Medien, Internationale Organisationen und NGOs, Politik nahe Bereiche). Universitäre und außeruniversitäre Lehre und Forschung sowie freie Dienstleistungen zeigen eine steigende Tendenz, Politik nahe Bereiche (Parteien, Verbände, Gewerkschaft) sind rückläufig. Außerdem zeigt sich ein auffällig starker Rückgang im NGO-Bereich seit 2003. Neue Felder (erstmalig 2007 gefragt): Politikberatung (5,4%), Consulting (7,1%), EU (3,6%).

Berufsfelder – die Sicht der ExpertInnen:

Es gibt kein typisches Berufsfeld für PolitologInnen.

Oft ist nicht ganz klar, was PolitologInnen anbieten können. Dass es kein klares Berufsprofil und keine erkennbaren, wesentlichen Unterschiede zu anderen Disziplinen gibt, wird aber auch als Vorteil beschrieben. Der formale akademische Abschluss ist von Bedeutung, aber es ist relativ unwichtig, welcher Studienrichtung absolviert wurde. Die gezielte Nachfrage nach PolitologInnen beschränkt sich auf wenige Bereiche (etwa im Bereich der Landesverteidigung). Die Arbeitsverhältnisse von Politologie-AbsolventInnen spiegeln die gesamte Bandbreite möglicher Berufsfelder.

Arbeitssuche: Die Dauer der Arbeitssuche beträgt durchschnittlich 4 Monate (gerechnet ab Beendigung des Studiums), 50% der AbsolventInnen hatten bereits nach einem Monat einen Job, einige arbeiten bereits während des Studiums in dem Job, in dem sie auch nach Studienende bleiben.

Beschäftigungsausmaß und -bedingungen von AbsolventInnen:

85% der AbsolventInnen waren zum Befragungszeitpunkt 2003 und 2007 berufstätig. Die meisten Berufstätigen arbeiten Vollzeit, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg von 2003: 3,6% auf 2007: 12,1%. Ein signifikanter Unterschied besteht zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Teilzeitarbeit (2007: 15,5 PP)

Gründe für Nicht-Berufstätigkeit:

> Doktoratsstudium als Hauptgrund, der Anteil der berufstätigen DissertantInnen hat sich bei etwa gleich bleibendem DissertantInnenanteil signifikant verringert (von 93% 2003 auf 87% 2007)

> Ausbildung, schlechte Bezahlung und Kinderbetreuung werden weniger oft genannt. Wenige AbsolventInnen üben einen Nebenerwerb oder Zweitberuf aus (wenn, dann hauptsächlich Projekte und Lehraufträge, Webdesign, journalistische Tätigkeiten, Tätigkeiten im karitativen Bereich), 1,4% beziehen Arbeitslosenunterstützung.

Politikwissenschaftsstudium als Voraussetzung für Beruf: 2007 gaben 47% an, dass das absolvierte POWI-Studium Voraussetzung für den Job gewesen sei (52,9% meinten jedoch die rein formale Voraussetzung – kaum Veränderungen seit 1996). Insbesondere in den Bereichen freie Dienstleistungen und Medien wird weniger nach konkret abgeschlossener Studienrichtung gefragt. In den Bereichen Internationale Organisationen und Politik nahen Berufsfeldern scheint der POWI-Abschluss eher eine inhaltliche Rolle zu spielen.

Bezug der Berufstätigkeit zum POWI-Studium: Ein (sehr) starker Bezug konnte nur in 30% der Fälle (2007) nachgewiesen werden. Dies könnte mit dem geringen Praxisbezug des Studiums und den weit gestreuten Berufsfeldern zusammen hängen. Nur für den Arbeitsbereich Forschung wird direkte Relevanz des POWI-Studiums angenommen, die RespondentInnen dürften hier eher die im Studium vermittelten Inhalte als die erlernten Fähigkeiten gemeint haben. Fähigkeiten wie selbständiges Arbeiten, interdisziplinäres Denken, analytischer Blick und Erstellung von Texten werden aus Sicht der Befragten in nahezu allen Berufsbereichen nachgefragt.

Spezifisches Profil von PolitologInnen aus Sicht der ExpertInnen

- „Typische AllroundkünstlerInnen“
- grundlegend gutes Allgemeinwissen, breites Fachwissen und geistige Flexibilität
- sich in ein Thema einarbeiten können,
- Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erkennen sowie Komplexität reduzieren zu können
- Strukturiertes Denken und Analysefähigkeit
- Sprachliche Ausdrucksfähigkeit
- Mix aus wissenschaftlichem Zugang und organisatorisch-administrativem Praxisbezug

Zugeschriebene Defizite:

- internationales und EU-Recht
- Verfassungs- und Verwaltungsrecht
- betriebswirtschaftliche und generell ökonomische Fragen
- methodischer Bereich (insbesondere Statistik und quantitative Zugänge)

AbsolventInnen sehen bessere Berufschancen aufgrund von:

- Persönlichkeit, Auftreten, Individualität, Kreativität
- Auslandserfahrung
- Fremdsprachenkenntnisse (nahezu 100% können englisch, aber Rückgang der übrigen Fremdsprachenkenntnisse)
- Studienschwerpunkte (mehrere interviewte AbsolventInnen würden selbes Studium mit anderer Schwerpunktbildung wählen, etwa Politische Ökonomie, Rechtsfächer, Methoden, Sprachen, Cultural Studies)
- Berufserfahrung

ExpertInnen nennen im Vergleich dazu:

- Praktika (der beigemessene Stellenwert variiert allerdings stark)
- Auslandserfahrungen (beigemessener Stellenwert variiert ebenfalls sehr)
- Fremdsprachenkenntnisse (Englisch ist selbstverständlich erwartete Voraussetzung, sonst

vor allem Französisch, Spanisch, Italienisch und sogenannte „Ostsprachen“ sowie regionalspezifisch erwünschte Sprachen)

- IT-Kenntnisse absolut erforderlich (kaum spezifiziert)
- Kenntnisse in Projektplanung und organisatorische Fähigkeiten
- Sogenannte „soft skills“ oder „social skills“ (Flexibilität, Weltoffenheit, kommunikativer Stil, Teamfähigkeit, Netzwerke, mit informellen Strukturen umgehen können, soziale Kompetenz, Stressresistenz)
- Zusatzqualifikationen suchen, insbesondere Rechtskenntnisse und Kenntnisse in Ökonomie erwerben
- „POWI allein ist zu wenig“

Zufriedenheit: Die allgemeine Lebenszufriedenheit und Berufszufriedenheit der AbsolventInnen ist sehr hoch (77,3% sind zufrieden bzw. sehr zufrieden). Frauen sind insgesamt etwas weniger zufrieden als Männer, signifikant ist dieser Unterschied aber nur 2007.

Genannte Ideen zur Verbesserung des POWI-Studiums

- Mehr Prüfungs-Feedback/Ablehnung leichterer Prüfungen
- Praxisorientierung
- Bessere Betreuung
- Bessere Infrastruktur, Bibliotheken und Administration
- Mehr und besseres Lehrpersonal (Forderung von fast 50% der RespondentInnen)
- Wenig Response bezüglich konkreter Vorschläge für Studienplanänderungen: im Vordergrund stehen bessere Ausbildung in wirtschaftlichen Disziplinen, Theorie und Ideengeschichte)

Politikwissenschafts-Studium: Ein Erfahrungsbericht

Am Anfang stand die Dissertation: eine Idee, die schlussendlich daran scheiterte, dass mir das Projekt auf der einen Seite zu aufwendig erschien. Auf der anderen Seite daran, dass ich konzeptuell keinen übersichtlichen Plan hatte. Jedoch hatte ich während meiner inskribierten Semester eine relativ große Anzahl an Lehrveranstaltungen besucht und erfolgreich abgeschlossen. Was also tun mit so vielen Wochenstunden? Der Gedanke war, sich darauf zu konzentrieren, das bereits Erreichte sinnvoll einzusetzen, wodurch ein Umstieg auf das Diplomstudium der Politikwissenschaft als logische Konsequenz erschien. Kurz darauf wechselte ich ganz offiziell zum Bachelor Studium der Politikwissenschaft, da die zeitlichen Vorgaben, welche sich aus der Studienprogrammänderung ergeben hatten, einen dem Zeitrahmen entsprechenden Abschluss des Diplomstudiums nicht möglich machten.

Vergleich?

Zum Dissertationsstudium kann ich natürlich nicht sonderlich viel sagen, da ich nach den obligatorischen acht auf das Dissertationsthema bezogenen Wochenstunden nichts mehr in diese Richtung unternommen habe. Ein Vergleich zwischen Bachelor- und Diplomstudium versuche ich hier: Darauf, wieso es sich nur um einen Versuch handeln kann, wird anschließend eingegangen. Aus meiner Erfahrung unterscheiden sich die zwei Studien vor allem in drei Punkten: Aufwand, Wahlmöglichkeit und Gestaltung.

So erscheint mir der Aufwand in Relation zum behandelten Stoff oft unverhältnismäßig groß. Diese Einschätzung betrifft hauptsächlich die so genannten Lektürekurse der Kernfächer des Bachelorstudiums sowie den „neuen“ Methodenteil. Während bei gewissen Lektürekursen (sehr abhängig von der LehrveranstaltungsleiterIn) der Aufwand mit verschiedenen kleinen Teilreferaten, Zusammenfassungen und anderen Aufgaben zeitaufwendig und mühsam ausfällt, erscheint der konkrete Inhalt oft anspruchslos und manchmal überholt. Der Wunsch, die StudentInnen zum Lesen zu bringen sowie die Vorgaben für den zu vermittelnden Inhalt, hat den LV-LeiterInnen ein breites Feld an Möglichkeiten für häufig etwas sinnlos anmutende Arbeitsvorgaben eröffnet. Der oft beklagte Mangel an und der daraus resultierende Wunsch nach der Förderung von „sinnvollen“ und „auf dem Arbeitsmarkt fehlenden“ Hardskills manifestiert sich auch im „neuen“ Methodenblock. SPSS ist hier das Wort des Tages. Die Tatsache, dass das Erlernen des SPSS-Programms „das

Ziel der UE Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung“ aufwendig und nicht immer einfach, jedoch für das Abschließen des Bachelors absolut nötig ist, manifestiert sich unter anderem auch im Anstieg von Annoncen auf der ÖH-Jobbörse mit dem Wortlaut „Suche jemanden, der sehr gute Kenntnisse mit dem SPSS-Programm hat und mich bei meiner Datenauswertung unterstützen kann“. Die Frage ist, ob es nicht besser wäre, sich mit diesem Programm auseinanderzusetzen, wenn es auch tatsächlich benötigt wird. Im Bereich der qualitativen Methoden dagegen wird innerhalb eines Semesters versucht die Praxis qualitativer Methoden „am besten alle, die es irgendwie gibt“ den StudentInnen näher zu bringen - etwas was andere über Jahre praktizieren. Einige MitstudentInnen berichten, dass die UE der Qualitativen Methoden der Sozialforschung dermaßen aufwendig ist, dass es reichen würde, in einem Semester nur diesen Kurs zu besuchen, um kontinuierlich beschäftigt zu sein.

Betreffend Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsspielraum erscheint mir das Bachelorstudium als weniger flexibel: Es gibt viele Pflichtveranstaltungen, welche von wenigen Personen angeboten werden und eng definiert sind. Durch die aufwendige Gestaltung mit vielen kleinen Teilaufgaben und was sonst noch dazu kommt wird den StudentInnen wenig Spielraum gelassen. Das bedeutet auch, dass den StudentInnen die Zeit genommen wird, sich über die Vorgaben hinaus zu engagieren.

Die Gestaltung des Lehrveranstaltungsablaufs hat jedoch am meisten gelitten: vor allem die Lektürekurse erinnern oft an die Schule.

An dieser Stelle knüpfe ich wieder daran, ob ein Vergleich möglich ist. Am Ende hat sich meiner Meinung nach nicht wirklich viel verändert. Eine ernstzunehmende Bewertung wird erst nach Jahren möglich sein, und wie ein Studium verläuft ist zu einem bedeutenden Teil von den StudentInnen selber abhängig. Es wird mit LV-LeiterInnen darüber diskutiert, ob eine Arbeit innerhalb einer gewissen Deadline verlangt werden darf, wieso es Anwesenheitspflicht gibt, ob dies nicht zu autoritär ist und noch innerhalb des rechtlichen Rahmens fällt. Diese Diskussionen finden vermehrt während den LVs statt. Wieso?

Ein großer Unterschied, der sich in der Endphase des Bachelorstudiums schon jetzt bemerkbar macht, ist dass die Studiendauer nicht unbedingt von den StudentInnen abhängig ist und ein rascher Abschluss

unerwünscht zu sein scheint. StudentInnen, die bereits dieses Semester ein Bachelorseminar besuchen und ihre Bachelorarbeit schreiben wollen, stoßen auf Hürden. Bis dato werden keine Bachelorseminare auf dem Institut angeboten. Die Möglichkeit, dass vielleicht ein Seminar nach den Osterferien angeboten wird, besteht zwar, aber auch nur im Rahmen eines Blockseminars. StudentIn konnte am Anfang des Semesters noch eine Mail mit Bachelorseminar im Betreff an die zuständige Person senden, sollte sie/er an einem „Bachelor-Block“ interessiert sein, und darauf hoffen, dass dieser auch zustande kommt. Es ist schon unerfreulich genug, dass so die Studiendauer unnötig verlängert wird, und dieser Umstand per se zeigt, dass die Sicht auf

die StudentInnen stark an der Realität vorbei geht, da sich offensichtlich niemand vorstellen kann, dass „jetzt schon“ StudentInnen Bachelorarbeiten schreiben können/wollen. Ärgerlich sind aber auch am Institut kursierende Meinungen, dass StudentInnen deswegen „so schnell“ sind, weil sie sich alles Mögliche haben anrechnen lassen und sich deswegen nicht wundern sollen. Ganz so als würde man sich etwas erschleichen.

Adrian Ortner

ist Absolvent der Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien und studiert seit 2006 Politikwissenschaft im Bachelorstudium

Neulich...

Die Leiterin des Proseminars schaute etwas verdutzt. Im ersten Moment konnte sie mit den Text-Zusammenfassungen nichts anfangen, die ihr von einer kleinen Gruppe Studierender entgegen gehalten wurden.

Sie stimmten mit keinem der bis dahin von ihr formulierten Arbeitsaufträge überein.

- „Und was ist das jetzt?“

Unverständnis auf Seiten der StudentInnen.

- „Sie haben ja gesagt, wir sollen bis heute den Text aus dem Reader lesen...“

Langsam dämmerte es der Professorin. Sie hatte selbstverständlich mitbekommen, dass Ähnliches in vielen Proseminaren, die im Bachelor-Studium angeboten werden, mittlerweile gängige Praxis geworden war: Lehrveranstaltungen waren oft derart überfüllt, dass Plenums-Diskussionen zu den gelesenen Texten nur schwer in Gang kommen und sich somit niemals alle StudentInnen zur Thematik äußern konnten oder wollten. Daher wurden die zu kritischem Denken zu Erziehenden neuerdings dazu angehalten, in jeder Einheit kurze Text-Zusammenfassungen abzuliefern. Ein Arbeitsauftrag, der zu einer strukturierten Auseinandersetzung mit schriftlichem Material befähigen

sollte. Ein Arbeitsauftrag, der im Vorlesungsverzeichnis nicht als für den positiven Abschluss der Lehrveranstaltung erforderlich gekennzeichnet sein musste. Ein Arbeitsauftrag, der einen praktischen kleinen Kontrollmechanismus dar- und somit sicherstellte, dass auch ja alle „mitmachen“ würden, selbst wenn sie sich im Proseminar – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu Wort meldeten.

Und außerdem ein Arbeitsauftrag, den sie – gerade deshalb – in dieser Form nicht erteilt hatte. - „Ja, lesen ...“

Aber interessant war er schon, dieser scheinbar schleichend einsetzende vorauseilende Gehorsam ... Sie war sich an dieser Stelle nicht so sicher, ob jene Entwicklung tatsächlich nur auf den Bologna-Prozess zurückzuführen sei, oder ob eben dieser nicht doch bloßes Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse sei. Eine Momentaufnahme global stattfindender neoliberaler Umstrukturierungen sozusagen ... nicht nur in ökonomischer Hinsicht.

Was hatte sie sich geärgert. Über die Einführung der Studiengebühren, das Elite-Uni-Projekt in Gugging, das Sprechen über Wissensstandort, „employability“ und überhaupt. Darüber,

dass mit der so genannten universitären Autonomie die staatliche Leine gelockert und endlich etwas Platz für „die Wirtschaft“ gemacht wurde. Über die „wir zahlen – wir fordern“-Sprüche.

Und Angst hatte sie gehabt. Vor einer sich normalisierenden KundInnenmentalität, einer rein instrumentellen Sicht auf die Aus ... ähm ... Bildung. Vor dem strukturell bedingten Rückgang der Mitbestimmung seitens der StudentInnen. Davor, dass mit der angestrebten Verkürzung der Studienzeite eine Verschulung des Uni-Betriebes einhergehen, die Studierenden nur mehr für die Uni – zum Schein – studieren würden und nicht primär für sich selbst. Vor der Einpflanzung eines Denkens in Kosten-Nutzen-Rechnungen in jegliche ... Mit einem Mal wurde sie durch eine ängstlich formulierte Frage aus ihren Gedanken gerissen.

- „Soll das heißen, wir haben das jetzt umsonst gemacht?“

Ein Schmunzeln huschte über ihr Gesicht.

- „Nein, umsonst niemals ...“

Hannelore Möchte,

Studentin am ipw im Bachelor-Studium und im Diplomstudium am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft

Please free me from this liberation

Warum die „Abschaffung“ der Studiengebühren mehr Mist anschafft als wegschafft

von der Basisgruppe/Studienvertretung Politikwissenschaft

Als „historischer Moment“ wurde die Annahme des Initiativantrags 809 mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen bei der Parlamentssitzung am 24. September 2008 bezeichnet. Es gab Standing-Ovations, nicht nur in den ZuseherInnenreihen, begleitet von lang anhaltendem Geklatsche und Gejubil. Danach wurde frohgemut verkündet, die Studiengebühren seien hiermit „abgeschafft“, der „freie Hochschulzugang“ wieder hergestellt und insgesamt die Welt um ein gutes Stück verbessert. Vor allem jene, die die Abschaffung schon eineinhalb Jahre zuvor zu einem ihrer wichtigsten Wahlziele erklärt hatten, konnten sich nun mit Lorbeeren schmücken. Die zeitliche Nähe des Antrags zum Wahltermin war natürlich kein Zufall, wurden bei eben jener Sitzung des Nationalrates ja auch viele weitere schmackhafte Wahlzuckerl beschlossen, die der WählerInnenschaft in den Rachen geworfen werden konnten. Und vielleicht war es ja tatsächlich dieser Antrag, der der SPÖ bei der Nationalratswahl wenige Tage später den entscheidenden Stimmenvorteil gegenüber der ÖVP brachte. Da der Antrag so knapp vor Semesterbeginn abgestimmt wurde, treten die darin beschlossenen Änderungen erst mit Sommersemester 2009 in Kraft. Doch was genau wurde eigentlich beschlossen? Sind die Studiengebühren wirklich abgeschafft? Oder wurden die Rechte der Studierenden der österreichischen Unis vielleicht wieder einmal mit Füßen getreten, wie schon so oft bei diversen Gesetzesänderungen der letzten Jahre (1)?

Neu gemacht statt abgeschafft

Abgeschafft, wie man sich das sinngemäß denken könnte, wurden die Studiengebühren nämlich keineswegs.

Liest man sich das „Bundesgesetzblatt der Republik Österreich“ vom 2. Jänner 2009 (2) zur „Änderung der Studienbeitragsverordnung“ durch, hat man eher den Eindruck es mit einer Fülle von Ausnahmeregelungen und undurchsichtigen Paragraphen zu tun zu haben, als mit der schlichten Erklärung: Studiengebühren abgeschafft. Davon ist nämlich in dem Gesetzestext nirgends die Rede. Es gibt lediglich eine so genannte „beitragsfreie Zeit“, eine gewisse Zeitdauer also, in der Studierende keinen Studienbeitrag zu entrichten haben. Diese Zeit ist die Mindeststudiendauer des jeweiligen Studiums, zuzüglich zwei Toleranzsemester pro Studienabschnitt für Diplomstudien bzw. pro Studium bei Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien. So weit, so gut. Man würde meinen, diese Regelung ist nicht viel anders als jene der Familienbeihilfe, die Studierende ja ebenfalls nur beziehen können, wenn sie sich in einem gewissen zeitlichen Rahmen befinden. Beides also hält Studierende dazu an, möglichst rasch, möglichst zielstrebig, letztlich möglichst „effizient“ zu studieren, um so möglichst rasch für eine Eingliederung in den allgemeinen Verwertungsprozess zur Verfügung zu stehen. Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied zwischen diesen beiden Regelungen. Für das Finanzamt genügt ein gewisser Studienerfolg (Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester sowie mindestens acht Semesterstunden pro Jahr) in einem Studium, dem so genannten Hauptstudium. Wird dieser erbracht, können Studierende theoretisch für beliebig viele weitere Studien inskribiert sein und darin Lehrveranstaltungen besuchen. Die Regelung für die obige „beitragsfreie Zeit“ bezieht sich jedoch auf alle inskribierten Fächer und untergräbt so jeglichen interdisziplinären Ansatz. Ist man in einem Studium über der Semestergrenze, muss man zahlen. Nichts zahlen müssen also nur all

jene, die brav ein Studium absolvieren und sich dabei nach keinen anderen Studienrichtungen umblicken, die ihr Studium vielleicht sinnvoll ergänzen oder ihm auch diametral entgegengesetzt sein könnten, was beides zu einer „Horizontenerweiterung“, zu einem Blick über den Tellerrand der mehr oder weniger strikten Studienpläne führen kann. Und wehe man beschließt, zwei Studien zu studieren, mit dem Hintergedanken beide zu Ende zu bringen. Denn dafür müsste man mit beiden Studien immer in der Mindeststudiendauer plus Toleranzsemester bleiben. So wird die Mindeststudiendauer, die „ursprünglich gedacht [war] als Mindestzeit die ein/e Studierende/r auf der Uni verbringen muss, um überhaupt Anspruch auf einen akademischen Grad zu haben“ (3), als Regelstudienzeit präsentiert, ungeachtet der „Durchschnittsstudiendauer“, die erstere immer um einige Semester übertrifft.

Das besonders paradoxe dieser Neuregelung ist, dass es Fälle gibt von Leuten, die vorher keine Studiengebühren zahlen mussten und jetzt schon. Dies betrifft nämlich all jene, die Studienbeihilfe empfangen und dadurch, solange sie in ihrem Hauptstudium in Mindestzeit plus Toleranzsemester waren, die Studiengebühren refundiert bekamen. Wenn sie aber jetzt ein Nebenstudium haben, in welchem sie über der Mindestzeit plus zwei Semester sind, dann müssen sie Studiengebühren zahlen, ohne sie refundiert zu bekommen, da die Refundierung nur für das Hauptstudium gegeben wird, die Studiengebühren aber für das Nebenstudium anfallen würden.

Ein weiteres Problem der Neuregelung ist, dass zusätzliche Toleranzsemester (etwa für ÖH-Arbeit oder Erasmus-Aufenthalte) nicht gewährt werden. Man hat also nur zwei Toleranzsemester und kann diese auch nicht mehr, etwa durch universitätspolitisches Engagement, erweitern.

Wer genug verdient, muss auch nicht zahlen?!

Neben den Voraussetzungen, die man zu erfüllen hat, um in die „beitragsfreie Zeit“ zu fallen, gibt es einige weitere Umstände, unter denen man auf Erlass der Studiengebühren ansuchen kann. Abgesehen davon, dass dies mit einem relativ hohen bürokratischen Aufwand verbunden ist, gehen auch diese Regelungen völlig an der Lebensrealität der Studierenden vorbei. So kann man um Erlass der Studiengebühren ansuchen, wenn man im vorangehenden Semester gearbeitet

hat, allerdings nur wenn das „Jahreseinkommen [...] zumindest 4.886,14 Euro oder mehr“ beträgt. „[...] dieser Betrag wird jährlich angepasst und entspricht dem höchstmöglichen Jahreseinkommen bei geringfügiger Beschäftigung“ (4). Warum nur Studierenden, die das ganze Jahr zumindest geringfügig beschäftigt waren – denn nichts anderes bedeutet diese Regelung (5) – vom Studienbeitrag befreit werden sollen, andere aber, die nur einige Monate geringfügig beschäftigt waren, vielleicht aber auch das ganze Jahr um weniger Verdienst gearbeitet haben, weiterhin zahlen müssen, entbehrt jeder Logik. Warum also das Nachgehen einer bezahlten Beschäftigung erst ab einer bestimmten verdienten Summe den Studienerfolg beeinflusst und das Studium verzögert, ist völlig unklar. Um Befreiung vom Studienbeitrag können weiters ansuchen: Schwangere, Studierende, die mit Kinderbetreuung beschäftigt sind, Studierende, die Präsenz- oder Zivildienst absolvieren, Studierende, die durch eine langdauernde Krankheit eingeschränkt wurden und Behinderte. Sie alle müssen Nachweise für den jeweiligen Befreiungsgrund bringen, was in einigen Fällen unangenehm und belastend sein kann, und dann auf die langsam mahelnden Mühlen der Bürokratie hoffen.

Finanzielle Situation der Unis

Die finanzielle Situation der Universitäten ist seit Jahren prekär, hat sich aber nun vor allem durch die drastische Kürzung der Mittel des FWF (Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung) noch mehr verschlechtert (6). Hier ist anzumerken, dass bei der Einführung der Studiengebühren das Budget der Universitäten insgesamt um genau jenen Betrag gekürzt wurde, den die Studiengebühren einbrachten, es wurden also in Wahrheit nur Budgetlöcher „gestopft“ (7). Dies führte zu einem extrem auf Konkurrenz basierendem Verhältnis zwischen den Unis, da sich das neue Budget unter anderem daraus errechnete, wie viel Studierende eine Uni hatte, also wie viel sie durch die Studiengebühren einnehmen konnte. Für die Universität Wien bedeutete das einen Gewinn, für viele kleinere Unis jedoch massive Einschränkungen. Durch die neue Regelung des Studienbeitrags wird die budgetäre Situation der Universitäten zweifach verschlechtert: Einerseits durch das Wegfallen der Beträge, die nicht genügend ausgeglichen werden, andererseits aber auch durch den bürokratischen Mehraufwand aller Sonderregelungen, die die Gesetzesänderung mit sich brachte. Diese

„Verwaltungskosten [...] sind voraussichtlich höher als die abgecashten Studiengebühren“ (8).

Tatsächlich bietet dies die Perspektive, dass sich die Studiengebühren selbst abschaffen könnten. Da es in der derzeitigen politischen Konstellation unwahrscheinlich ist, dass eine der Parteien, die für die „Abschaffung“ gestimmt hat (SPÖ, Grüne, FPÖ), wieder für deren „Einführung“ stimmen würde, gleichzeitig die derzeitige Regelung aber wie erwähnt einen wahnsinnigen Verwaltungsaufwand schafft, gibt es mittlerweile sogar schon ProponentInnen einer Komplettabschaffung der Studiengebühren. Und zwar aus einer Richtung, wo man es bisher wohl am wenigsten vermutet hätte, etwa beim Vorsitzenden der Universitätskonferenz, Rektor Christoph Badelt (WU), der eigentlich einer der glühendsten Befürworter von Studiengebühren ist. Sogar Bildungsminister Hahn zeigte sich schon einsichtig und will aus den Studiengebühren keine „ideologische Frage“ machen und eine Abschaffung überlegen, wenn der Verwaltungsaufwand tatsächlich die verdienten Gelder übersteigt. Was aber wirklich zur Abschaffung führen könnte, ist ein Verwaltungsaufwand, der mit den Unis eigentlich gar nichts zu tun hat, nämlich jener, der auf den Finanzämtern entsteht: Dadurch, dass sich viele Studierende einen Einkommenssteuerbescheid besorgen, um nachzuweisen, dass sie genug Geld für die Befreiung von den Gebühren verdient haben. Dieser Verwaltungsaufwand soll dem Vernehmen nach dieses Jahr ein Vielfaches von dem sein, was die Finanzämter bisher zu bewältigen hatten. Das könnte dazu führen, dass dann sogar der Finanzminister für eine Abschaffung der Studiengebühren wäre.

Freie Bildung für alle

Es wurde gezeigt, dass die Neuregelung des Studienbeitrags keineswegs eine Abschaffung der Studiengebühren bedeutet, sondern lediglich einige Studierende davon befreit. Auch gelten all diese Regelungen weder für ausländische noch für außerordentliche Studierende, auch wenn diese jetzt nur noch den „einfachen“ Studienbeitrag zu entrichten haben (Menschen, die keine EWR-StaatsbürgerInnen sind, mussten früher doppelt so hohe Studiengebühren zahlen). Es gibt viele Gründe, die gegen diese Neuregelungen sprechen, die nicht zuletzt innerhalb einer kapitalistischen Verwertungslogik argumentieren, etwa das Bestehen auf Interdisziplinarität und das Hinweisen auf die

anfallenden Kosten aufgrund des Bürokratieaufwands. Bildung selbst und der Zugang zu ihr sollten frei sein. Frei für alle, egal welchen Geschlechts/Genders, welcher Herkunft, welcher Klasse/sozialen Schicht entstammend, und frei von jeglichen Zwängen und Hierarchien. Dieses Idealbild, so unrealistisch es manchmal scheinen mag, darf in der Argumentation um Studiengebühren nicht vergessen werden, will man nicht gänzlich der marktwirtschaftlichen Logik verfallen. Klar ist, dass dieser Idealzustand mit der momentanen Beschaffenheit der Verhältnisse nicht zu vereinbaren ist, was aber die Forderung nach ihm – dem Idealzustand – umso notwendiger macht, da er letztlich auch immer die Abschaffung des Bestehenden miteinbezieht.

Überblick und Informationen zu Studiengebühren:

<http://www.oeh.univie.ac.at/studieren/studiengebuehren/studiengebuehren-ein-ueberblick.html>

Anmerkungen

(1) So wurden beispielsweise durch das UG 2002 gleich zwei Ebenen der studentischen Mitbestimmung gestrichen, nämlich die direkte Wahl auf der Fakultäts- und die auf der Bundesebene.

(2) www.sbg.ac.at/ver/links/bgbl/2009b003.pdf

(3) http://www.gras.at/index.php?option=com_content&task=view&id=85&Itemid=31

(4) http://www.oeh.ac.at/studieren/rund_ums_geld/studiengebuehren/

(5) <http://votacomunista.at/news/article.php/20090115125334578>: „Diese Grenze entspricht genau deinem Jahreseinkommen, wenn du 2008 durchgehend geringfügig beschäftigt warst und mindestens die Geringfügigkeitsgrenze von monatlich € 349,01 verdient hast – 12 Monate € 349,01 + „13. und 14. Gehalt“ ergibt € 4886,14“.

(6) http://www.fwf.ac.at/de/public_relations/press/briefdespraesidenten_20090127.html

(7) <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=331>

(8) <http://votacomunista.at/news/article.php/20090115125334578>

E-Voting an den Universitäten

Einführung von E-Voting bei den ÖH-Wahlen 2009

von Gerda Marx

Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Wien

Vom 18. Mai 2009 bis 22. Mai 2009 ist zusätzlich zur „traditionellen“ Wahl anlässlich der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswahlen 2009 die Stimmabgabe als Distanzwahl auch auf elektronischem Wege – von jedem privaten PC aus – möglich. Die Einführung des sogenannten E-Votings erfolgte nach Angaben des Wissenschaftsministeriums auf ausdrücklichen Wunsch der ÖH und der Studierenden.(1) Bemerkenswert ist, dass der damalige (und jetzige) Vorsitzende der Bundeswahlkommission Bernhard Varga anlässlich eines Pressegespräches am 27.1.2009 erzählte, dass bei der ÖH-Wahl 2001 die bundesweite Wahlkommission das E-Voting noch ablehnte, obwohl die damalige Bildungsministerin „sehr darauf gedrängt“ habe. Stand möglicherweise doch nicht der Wunsch der StudentInnen als Grund für Einführung des E-Votings Pate? Eine überzeugende Begründung für das Abgehen vom traditionellen Wahlsystem, das sicher, relativ billig, relativ manipulationssicher und jedenfalls transparent und für jedermann sinnlich wahrnehmbar und überprüfbar ist, habe ich bis heute nicht gehört.

Die Stellungnahmen der HochschülerInnenschaft zum Entwurf der Verordnung zur Einführung des E-Votings waren einhellig ablehnend. Die HochschülerInnenschaft der ÖH Wien nahm im November 2007 eindeutig dagegen Stellung und begründete dies mit der zu befürchtenden Verletzung

tragender Wahlrechtsgrundsätze durch Einführung des E-Votings. Im Sommer 2008 erfolgte ein bundesweiter Beschluss der ÖH-Vertretungen, in dem diese sich einstimmig gegen die Einführung des E-Votings aussprachen. Wissen die VertreterInnen der Studierenden nicht, was die Studierenden wünschen? Das Wissenschaftsministerium präsentierte im Jänner 2009 anlässlich des Pressegespräches vom 27.1.2009 das Ergebnis einer Befragung von 600 StudentInnen aus dem Jahr 2008, demnach ein Großteil der Studierenden (82 Prozent) E-Voting begrüßen würde. Ja, also wenn die Studierenden E-Voting doch selber wollen und das Ministerium es ja auch auf ausdrücklichen Wunsch der Studierenden eingeführt hat, ... was spricht denn dann dagegen? Sind wir möglicherweise ein wenig technikfeindlich? Oder fortschrittsfeindlich? Oder verstehen nichts von Technik? Ich bin weder technik- noch fortschrittsfeindlich, ich habe zwar kein großes technisches Wissen, aber diesen Mangel kann ich dadurch ausgleichen, dass ich entsprechende ExpertInnen zu Rate ziehen kann – dennoch bin ich beim derzeitigen Stand der Technik und Möglichkeiten gegen die Einführung von E-Voting.



Gründe für den Rücktritt vom Vorsitz der Wahlkommission

Ich habe im Oktober 2008 das Amt der Vorsitzenden der Wahlkommission der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Wien übernommen, kurz darauf wurde die HSWO-Verordnung(2) erlassen und damit war klar, dass bei den nächsten ÖH-Wahlen E-Voting stattzufinden hat. Meine anfängliche Begeisterung für die Sache legte sich schnell. Das Studium der Verordnung brachte mehr Verwirrung als Klärung. Eine vom Ministerium anberaumte Informationsveranstaltung bei den Vorsitzenden der ÖH der Universität Wien brachte keine Aufklärung. Die Informationen beschränkten sich weitgehend auf allgemeine Ausführungen und Hinweise auf die rechtlichen Grundlagen (aus denen aber konkret keine Erkenntnis zu gewinnen war). Unklar blieb, welches Programm verwendet wird, welche Geräte zum Einsatz kämen, ob Maßnahmen gegen mögliche schadhafte Software getroffen werden könnten, welche Möglichkeiten der rechtlichen Prüfung der Wahlkommission im Falle der elektronischen Stimmabgabe zur Verfügung stünden und vieles andere mehr. Es wurde lediglich eine Programmbeschreibung bis Ende des Jahres 2008 zugesagt, ansonsten wurde

auf die HSWO verwiesen, da in dieser alles geregelt sei.

Anfang Dezember 2008 veranstaltete das Ministerium eine Enquete zum Thema E-Voting unter dem Titel „Politische Teilhabechancen durch neue Medien“. Der Minister meinte zur Eröffnung der Tagung, E-Voting sei ein wichtiger Aspekt der politischen Teilhabe über das Internet und würde zusätzliche gesellschaftliche Gruppen in Wahlentscheidungen miteinbeziehen. Robert Krimmer von e-voting.cc erklärte im Namen des Ministeriums die Vorteile und Handhabung von E-Voting. Es wurden die ProjektpartnerInnen genannt sowie die rechtliche und tatsächliche Sicherheitsgewährleistung der Internetwahl präsentiert. Software und Hardware würden geprüft und bescheinigt und die Wahlkommissionen könne all dies rechtlich garantieren. Auf meine Frage, wie die Wahlkommission dies bewerkstelligen solle, da sie ja nicht wie bei einem „traditionellen“ Wahlvorgang sinnlich wahrnehmbar den Wahlvorgang beobachten und nicht in die „blackbox“ reinsehen könne, wurde – nach anfänglicher Abwehr – zugesichert, dass der Wahlkommission entsprechende ExpertInnen zur Seite stehen würden, die über das erforderliche Wissen verfügten, um die Gewährleistung für die Anonymität der Stimmabgabe und die Richtigkeit der Stimmzählung bestätigen zu können.

Aus der Präsentation des Ministeriums konnte man den Eindruck gewinnen, hier läge ein Konzept eines modernen, sicheren, zukunftsorientierten, dem modernen Menschen und der heutigen Gesellschaft entsprechenden Wahlsystems vor. Anders war allerdings der Tenor bei den Paneelen der Techniker bei dieser Enquete. So erklärte Peter Purgathofer, Professor an der TU Wien, dass elektronische Wahlsysteme zwar in der Theorie einwandfrei, „in der praktischen Implementierung [...] Sicherheitsschwachstellen aber nicht zu verhindern“ seien. Diese Einschätzung teilen viele TechnikexpertInnen. Elektronische Wahlen sind manipulationsanfällig.

Dies wurde letztlich auch anlässlich einer Diskussion im MQ im Rahmen der Quintessenz-Diskussionsveranstaltung am Jänner 2009 von Robert Krimmer zugestanden, allerdings mit dem Zusatz „wer wird sich das bei den ÖH-Wahlen schon antun“(!).(3)

Mitte Dezember 2008 wurden die Vorsitzenden der Wahlkommissionen an den Universitäten zu einer Besprechung mit VertreterInnen des Ministeriums nach Salzburg eingeladen. Hoffnungsfroh fuhren wir hin.(4) Endlich würden wir nähere Informationen über das Wahlprogramm erhalten, über die Sicherheitseinrichtung usw. Davon war aber leider keine Rede. Es wurden uns vielmehr Formulare vorgelegt, die wir binnen weniger Tage ausgefüllt und unterschrieben dem Ministerium übersenden sollten. Die Wahlkommissionen bzw. die Vorsitzenden der Wahlkommissionen hatten demnach das Bundesrechenzentrum mit bestimmten Aufgaben zu betrauen. Die Rechtsgrundlage dafür konnte nicht genannt werden.(5) Weiters hatten die Vorsitzenden bzw. die Wahlkommissionen die rechtliche Verantwortung für die Datensicherheit zu übernehmen – einerseits als Datensicherheitsbeauftragte, andererseits als Datenschutzbeauftragte. Wie konnten wir etwas gewährleisten, was nach Meinung vieler ExpertInnen nicht zu gewährleisten ist? In welcher Weise würden uns ExpertInnen zur Verfügung gestellt, die über das entsprechende technische Wissen verfügen? Wie und in welcher Form würden diese die Wahlkommission entsprechend beraten? Wie sieht das Programm aus, für dessen Sicherheit wir bürgen sollten? Keine diese Fragen wurde beantwortet und keine Lösungen aufgezeigt.

Wir sollten rechtlich garantieren, was technisch nicht mit Sicherheit gewährleistet werden kann. Wir sollten mit unserer Unterschrift Vertrauen schaffen, das durch die fehlende Transparenz des Verfahrens verloren geht. Wir sahen uns dazu nicht in der

Lage und traten daher von unserer Funktion zurück.

Reinhard Posch, Grazer Informatikprofessor und zuständig für die Plattform „Digitales Österreich“ der Bundesregierung, erklärte, die ÖH-Wahlen dienen als Testlauf, um die bei Nationalrats- oder Landtagwahlen benötigten Ressourcen zu berechnen. (6) Der Einsatz von E-Voting bei Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften ist also erklärtes Ziel. Ich halte das demokratiepolitisch für äußerst bedenklich. Neben den technischen Sicherheitsschwachstellen bestehen bei elektronischer Wahl über das Internet erhebliche rechtliche und rechtspolitische Bedenken. Tragende Wahlrechtsgrundsätze(7), die auch für die ÖH-Wahlen in § 34 Abs 1 HSG rechtlich garantiert sind, werden massiv berührt, wenn nicht gar verletzt.

Verletzung von Wahlrechtsgrundsätzen

Bei einer traditionellen Wahl ist während des gesamten Wahlverfahrens gewährleistet, dass das Wahlverhalten geheim bleibt. Die Wahlkommission übergibt einen amtlichen Stimmzettel, den jedeR WählerIn in der Wahlzelle unbeobachtet und unbeeinflusst ausfüllen und durch Einwurf in die – durch die Wahlkommission entsprechend geprüfte – Wahlurne abgeben kann. Auch die Auszählung und eine eventuelle Nachkontrolle der abgegebenen Stimmen in Folge einer Wahlanfechtung erfolgt in – für jedermann – verständlichen und sinnlich wahrnehmbaren Form. Natürlich kann eine Manipulation in Einzelfällen nicht ausgeschlossen werden, etwa wenn sich eine Wahlkommission verabredet. Dies wird aber eher ein Ausnahmefall bleiben, bestehen doch die Wahlkommissionen bei den Nationalratswahlen aus VertreterInnen der verschiedenen Parteien und aus Unabhängigen, sodass diese sich wohl im Regelfall gegenseitig kontrollieren und Missbrauchsgefahr wohl als sehr gering einzuschätzen ist. Beim E-Voting

vom Heimcomputer aus kann dies von staatlicher Seite nicht garantiert werden. Die/der Wählende hat keine Sicherheit, dass der Wahlvorgang nicht überwacht wird, noch kann sie/er es verhindern. Die durch die Wahlzelle gewährleistete Möglichkeit der unbeobachteten und unbeeinflussten Stimmabgabe ist bei der Wahl vom Heimcomputer aus nicht zu gewährleisten.⁽⁸⁾ Gerade die Gewährleistung der Wahlzelle ist die wichtigste Garantie des geheimen Wahlrechts. Diese demokratiepolitisch wichtige Funktion verliert sie, sobald die Stimmabgabe im „öffentlichen“ Raum zulässig (und sogar „chic“) ist. Man denke an die Vorgänge rund um die „Abstimmung“ zum (bereits erfolgten) Anschluss Österreichs an Deutschland im Jahr 1938. Es wurden damals zwar Wahlzellen aufgestellt, aber wer hineinging, machte sich bereits verdächtig.

Auch der Grundsatz des unmittelbaren und persönlichen Wahlrechts kann bei der Wahl per Internet nicht mehr sichergestellt werden, da die Feststellung der Identität der WählerInnen durch die Wahlkommission nicht mehr sichergestellt werden kann. Die zur Identifikation erforderliche BürgerInnenkarte kann von jeder/jedem verwendet werden, der sich Zugang zur Karte und Kenntnis des Pin Codes verschafft.

Fehlende Transparenz und Kontrollmöglichkeit des Wahlvorganges

Für Wählerinnen und Wähler ist der ordnungsgemäßer Ablauf der E-Votingwahl auf Grund seiner technischen Komplexität nicht nachvollziehbar. Wahlkommissionen wird es nahezu unmöglich, einen ordnungsgemäßen Wahlvorgang zu garantieren. Sie sind in weiten Teilen auf das Urteil von ExpertInnen angewiesen. Gerichten wird es unmöglich, Wahlvorgänge zu überprüfen. Zu bedenken ist auch, die Softwarelieferanten zu verpflichten,

Wahlgerichten die uneingeschränkte Einsicht in deren Quellcodes zu ermöglichen.

Das System trägt sein Scheitern in sich. Transparenz und Wahlgeheimnis stehen bei der elektronischen Kommunikationsform zueinander im Widerspruch. Wird Transparenz geschaffen – etwa durch Sichtbar machen des Quell-Codes der Software, schafft man damit auch Missbrauchsmöglichkeiten, die wiederum zu einem Verlust der Anonymität des Stimmverhaltens führen können. Verstehen nur wenige ExpertInnen das Wahlsystem und müssen die WählerInnen den ExpertInnen glauben, dass ihre Stimmen tatsächlich gezählt und keine personenbezogenen Daten weitergegeben wurden, geht die Akzeptanz des Wahlergebnisses und damit das Vertrauen in die Demokratie verloren. Der Staat entledigt sich seiner verfassungsgesetzlich gewährleisteten Verpflichtung zur Wahrung der Wahlrechtsgrundsätze. Die Einführung von E-Voting für Wahlen zum Nationalrat oder zur Bundespräsidentenwahl bedarf jedenfalls einer Verfassungsbestimmung.

Der Einsatz von E-Voting ist im Prozess der demokratischen Willensbildung nicht sinnvoll, da ein sehr kompliziertes Verfahren zum Einsatz kommt, das sich jeder Transparenz entzieht, große Unsicherheit schafft und Vertrauensverluste mit sich bringt. Demokratiepolitische und verfassungsrechtliche Bedenken äußerten bereits der VfGH-Präsident Gerhart Holzinger,⁽⁹⁾ der ehemalige VfGH-Präsident Karl Korinek,⁽¹⁰⁾ der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät Wien, Heinz Mayer⁽¹¹⁾ sowie o.Univ.Prof. Bernd-Christian Funk⁽¹²⁾. Lange Zeit war die Briefwahl als eng begrenzte Ausnahme lediglich für Personen, die sich zum Wahlzeitpunkt im Ausland aufhalten, zulässig. Im Jahr 2007 erfolgte die Ausweitung des Briefwahlrechtes auch auf Personen, dies sich am Wahltag im Inland aufhalten. Der Verfassungsgesetzgeber hat damit die Tür der Wahlzelle geöffnet und damit das geheime Wahlrecht bereits aufgeweicht.

Es wurde bereits mit der Ausdehnung des Briefwahlrechtes eine Grenze überschritten, die demokratiepolitisch nicht überschritten werden sollte. Die Einführung solcher Wahlsysteme ermöglichen ein Wahlverhalten wie etwa die „Familienwahl“. Das ist wohl kein Fortschritt, auch wenn die Wahl mit den neuesten technischen Maschinen und Programmen durchgeführt wird.

Anmerkungen

(1) Pressegespräch des Ministeriums vom 27.1.2009. Verwiesen wird auf ein Schreiben des damaligen ÖH-Vorsitzenden Martin Faißt aus 2001, der allerdings alternativ entweder die Einführung der Briefwahl oder die elektronische Wahl gefordert hatte. <http://futurezone.orf.at/stories/1502109>, zuletzt besucht 7.5.2009.

(2) BGBl II 2008/351.

(3) Nachzulesen und -sehen auf <http://okto.tv>.

(4) Mein Stellvertreter Dr. Matthias Köhler und ich.

(5) Überdies fehlten entsprechende Beschlüsse der Wahlkommissionen, die auch in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht eingeholt hätten werden können.

(6) <http://derstandard.at/?id=1227288653230>.

(7) Es sind dies das allgemeine, gleiche, geheime, persönliche Verhältniswahlrecht.

(8) Gar nicht zu reden von Wahlsituationen, wie sie vom Ministerium in der Werbekampagne für das E-Voting propagiert werden: Stimmabgabe auf der Wiese liegend im Beisein (oder gemeinsam?) einiger Freunde, gemeinsam im Bett liegend usw.

(9) <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1717859/index.do>.

(10) <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/455859/index.do> und <http://futurezone.orf.at/stories/233216/> und

(11) <http://futurezone.orf.at/stories/1500727/>, http://derstandard.at/?url=?ressort=wahlrecht%26_chron=t und <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/455859/print.do>.

(12) http://derstandard.at/?url=?ressort=wahlrecht%26_chron=t.

Frühlingsgefühle

Neues Doktorat – Neues Glück?

von Milena Bister, Verena

Stern, Irene Zavarisky

Graduiertenzentrum Sowi

Ab Herbst wird es an der Uni Wien ein neues Doktoratsprogramm geben, das an der sozialwissenschaftlichen Fakultät, wie bisher, mit dem Titel Dr. phil abschließen wird. Innerhalb derselben Studienrichtung ist es noch bis 30. Juni möglich, im alten Studienplan zu inskribieren, bei einem Wechsel der Studienrichtung oder nicht rechtzeitigem Abschluss des Magisteriums/Masters ist nur noch ein Einschreiben in den neuen Doktoratsstudienplan möglich. Wie genau dieser aussieht wurde in einer Curricular-Arbeitsgruppe auf Grundlage eines Mustercurriculums und der Satzung erarbeitet und nun in zweiter Lesung vom Senat beschlossen.

Die zu erbringenden Leistungen wurden mit 30 ECTS-Punkten festgelegt, das sind, je nach Studienrichtung, ungefähr die Stunden, die auch im alten Doktoratsplan vorgesehen waren. Aber der neue Studienplan soll einfacher, flexibler und individueller auf die Bedürfnisse der NachwuchswissenschaftlerInnen abstimbar sein. Diesbezüglich sind zumindest gute Voraussetzungen geschaffen: künftig werden Dissertationsvereinbarungen zwischen BetreuerIn und DissertantIn abgeschlossen, die die Frequenz der Betreuung und die zu absolvierenden Leistungen regeln.

Das heißt es gibt keinen fixen Stundenplan mehr, sondern es wird individuell geregelt, welche Leistungen erbracht werden. 20 ECTS-Punkte müssen in Form von Lehrveranstaltungen absolviert werden, die restlichen 10 können durch Workshops zu transferable skills, Beiträgen auf Tagungen und Konferenzen, eigener Lehre (sofern sie in Zusammenhang mit der Dissertation steht), oder durch weitere Lehrveranstaltungen erbracht werden.

Die zweite Neuerung ist, dass die Trennung von Beurteilung und Betreuung verstärkt angeregt wird. Nur mehr in Ausnahmefällen sollen BetreuerInnen

und BeurteilerInnen ein und dieselbe Person sein; ein durchaus umstrittener Punkt im neuen Curriculum.

Eine weitere große Veränderung, in diesem Fall mit viel Potential, ist die fakultätsöffentliche Präsentation, die schon zu Beginn des Forschungsprozesses stattfinden soll: nach circa einem Jahr präsentieren DissertantIn und BetreuerIn das Konzept vor einer fakultären Öffentlichkeit. Ein Ereignis, das zu einem „Tag der Nachwuchswissenschaft“ werden kann und somit als Vernetzungsraum für DissertantInnen und BetreuerInnen wird, sowie zur Möglichkeit der Fakultät, sich öffentlich mit ihren NachwuchswissenschaftlerInnen zu präsentieren.

Bleibt noch die Frage der organisatorischen Umsetzung. Zunächst ist klar, dass die Umstellung auf das Doktorat_ Neu nicht kostenneutral sein kann – das sieht das Rektorat mittlerweile ebenso und hat Geld in die Hand genommen. Einerseits für zusätzliche Lehre (dort wo sie nötig ist...), andererseits für die geplanten transferable skills Workshops für DoktorandInnen (ein Programm dazu soll bis Wintersemester 09/10 stehen). Die Koordination der Lehre nahe an den Bedürfnissen der NachwuchswissenschaftlerInnen, die den Kern der Verbesserung des sozialwissenschaftlichen Doktoratsstudiums und der sozialwissenschaftlichen Forschung an der Fakultät darstellen, soll in Zukunft in der Hand einer eigenen Studienprogrammleitung (SPL) für das Doktorat liegen.

Eine eigenständige SPL für das Doktorat an unserer Fakultät würde sich nicht nur um studienrechtliche Belange kümmern, sondern könnte sich auch verstärkt einer umfassenden strategischen Ausrichtung des sozialwissenschaftlichen Doktoratsstudiums widmen. Dazu zählt die Koordination des doktoratspezifischen Lehrangebots ebenso wie die Förderung der bislang am GZ (Graduiertenzentrum) verankerten Forschungs-

gruppen (1), sowie neuer DoktorandInnen-Initiativen. Durch die Betreuung mehrerer Doktoratsfächer der Fakultät durch die übergeordnete SPL (2) wäre ein substanzieller Schritt getan, um interdisziplinäre Ansätze in Lehre und Forschung institutionell zu fördern. Das GZ SOWI bietet dafür, einmalig an unserer Universität, bereits heute eine fundierte organisatorische Basis. Eine Weiterführung des GZ SOWI auf Ebene der Fakultät unter der Leitung der SPL stellt daher eine Fortsetzung der bisherigen Investitionen dar, DoktorandInnen fachlich über eigene bottom-up-Projekte in die Forschungsschwerpunkte der Fakultät einzubinden. Außerdem sichert die Weiterführung des GZ die Etablierung einer *Graduate School of Social Sciences*, die langfristig zur weiteren Professionalisierung der NachwuchswissenschaftlerInnen während der Doktoratsphase und zur nachhaltigen Verankerung unserer Fakultät am internationalen Bankett unersetzlich ist. Neben der Koordination des Lehrangebots und der fachspezifischen Entwicklung von wissenschaftlichen Fortbildungsworkshops dient die *Graduate School of Social Sciences* allen voran der

Einbindung von NachwuchswissenschaftlerInnen in die Forschungstätigkeit der Institute sowie der aktiven Förderung einer internationalen Vernetzung von DoktorandInnen und ihren Forschungsvorhaben.

Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. Kontaktadresse, Telefonnummer, Email-Adresse, Journaldienst-Zeiten, sowie laufend aktualisierte News zum neuen Doktorat stehen auf unserer Homepage: www.univie.ac.at/gz-sowi.

Anmerkungen

(1) Bestehende Forschungsgruppen sowie Vernetzungsinitiativen finden sich auf unserer Homepage: www.univie.ac.at/gz-sowi/ (> Vernetzung/Netzwerke)

(2) Die SPL ist interdisziplinär und umfasst folgende Fächer: KSA, Politikwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Pflegewissenschaft, Soziologie, Sportwissenschaft, Wissenschaftsforschung

Für eine ‚wirkliche‘ Nachwuchsförderung sowie gute und gesicherte Arbeitsbedingungen

Petition zugunsten des akademischen Mittelbaus der Universität Wien

Die Universität Wien bemüht sich seit einiger Zeit darum, durch herausragende Forschung ihr internationales Profil zu schärfen. Dies ist ein legitimes Anliegen – zeigt doch gerade die aktuelle Krise, wie wichtig eine hochwertige problemorientierte Grundlagenforschung ist. Allerdings könnte der Widerspruch zwischen dem ambitionierten Ziel und der universitären Personalpolitik durch die geplante Umsetzung des vor kurzem unterzeichneten Kollektivvertrags noch verschärft werden. Die ausgehandelten Übergangsregelungen für LektorInnen und derzeitige AssistentInnen in Ausbildung, die diese v.a. an der Universität Wien zahlenmäßig stark vertretenen Gruppen vorerst aus den Begünstigungen des Kollektivvertrags zum Teil ausnehmen, sind nur die

Spitze des Eisberges. Einerseits werden zentrale Probleme wie die Kettenvertragsregelung, die eine maximale Beschäftigungsdauer von sechs Jahren vorsieht, nicht gelöst. Andererseits lässt der Kollektivvertrag bei der Auslegung der einzelnen Regelungen so viel Spielraum, dass sich statt einer Personalpolitik, die die Betroffenen einbindet, eine Fortführung oder gar Verschlechterung der derzeitigen, problematischen wie undemokratischen Personalpolitik schon jetzt abzeichnet.

Die UnterzeichnerInnen dieser Petition unterstützen deshalb die Forderungen der Initiative Zukunft der Wissenschaft und der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen nach besseren Zukunftschancen

und Arbeitsbedingungen an der Universität. Im Einzelnen treten wir für folgende Ziele ein:

Die Einheit von Forschung und Lehre muss beibehalten und gestärkt werden

Der neue Kollektivvertrag sieht die Schaffung von Senior Lecturer-Stellen vor. Nach allem, was bisher bekannt ist, wird die österreichische Variante des Senior Lecturer-Modells mit dem angelsächsischen Vorbild allerdings nur den Namen gemein haben. Während Senior Lecturer in Großbritannien lehren und forschen, kann bei einem an der Universität Wien vorgesehenen Lehrdeputat von 13 Stunden von forschungsgeleiteter Lehre nicht mehr gesprochen werden. Darunter leiden nicht nur die Vielfalt und Qualität der Lehre, die sich wesentlich aus der Forschung sowie im Falle der LektorInnen der außeruniversitären Praxis der Lehrenden speisen, sondern auch die Forschung selbst, die erfahrungsgemäß erheblich von den Anregungen aus der Lehre profitiert. Da die Senior Lecturer Stellen zudem nicht zusätzlich eingerichtet werden (was angesichts der Personalsituation an zahlreichen Instituten notwendig wäre), ist zu erwarten, dass ein Großteil der derzeitigen LektorInnen ihre Lehrmöglichkeit verliert. Diese „Lösung“ des Lehrkräftemangels spricht jeder internationalen Praxis Hohn und ist für die Betroffenen unzumutbar. Ihr gegenüber gilt es, die Einheit von Forschung und Lehre zu stärken und die Arbeitsbedingungen entsprechend zu gestalten.

Forschung darf nicht zur Privatsache werden

In eine ähnliche Richtung geht die Auslegung der neuen Stellen für DoktorandInnen. Statt wie bislang DoktorandInnen (frühere AssistentInnen in Ausbildung, nun B1 Stellen) einen Teil ihrer Arbeitszeit zur Anfertigung ihrer Dissertation (= Forschung) zur Verfügung zu stellen, wird das Dissertieren durch halbe (Verwaltungs-)Stellen (mit einem Brutto-Gehalt von 1200€) nun zur Freizeitbeschäftigung erklärt. Dennoch will die Universität weiterhin die (publizierten) Ergebnisse dieser Forschung in ihre Leistungsbilanz aufnehmen, die zur Grundlage für Budgetverhandlungen herangezogen wird. Ein brain drain hochqualifizierter Kräfte in Richtung anderer Universitäten, die dieses Lohndumping nicht unterstützen, ist absehbar. Demgegenüber unterstützen wir die Forderung, die Dissertation als wichtige Qualifizierungs- und eigenständige Forschungsarbeit, von der auch die

Universität profitiert, und daher als Teil der universitären Arbeit anzuerkennen und entsprechend zu vergüten.

WissenschaftlerInnen müssen sinnvolle Laufbahnmodelle angeboten werden

Der Kollektivvertrag sieht für derzeitige AssistentInnen die Möglichkeit von Qualifizierungsvereinbarungen vor. Deren Erfüllung ermöglicht einen Aufstieg zum Associate Professor, ohne dass man sich hierfür erneut bewerben müsste. Wir begrüßen diese – internationalen Gepflogenheiten entsprechende – Regelung und unterstützen die Forderung, mit den StelleninhaberInnen im Rahmen einer transparenten Personalstrukturplanung entsprechende Qualifizierungsvereinbarungen abzuschließen. Ebenso halten wir es für sinnvoll, dass AssistentInnen in Ausbildung nach ihrer Promotion, promovierte ProjektmitarbeiterInnen und LektorInnen die Möglichkeit haben, sich auf Stellen mit Qualifizierungsvereinbarung zu bewerben. Das erfordert ein Umdenken in der Auslegung der Kettenvertragsregelung und die Ausschreibung auch von unbefristeten, kündbaren Stellen. Die bisherige Interpretation der Universität Wien, die – ob in Projekten oder auf AssistentInnen-Stellen – eine Maximalbeschäftigung von 6 Jahren festlegt, ist jedenfalls eine Form der Nachwuchswegbeförderung.

Gute und gesicherte Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für international anerkannte Forschung. Nur wenn die Universität Wien sich auch personalpolitisch an internationalen akademischen Standards orientiert, wird sie ihre ambitionierten wissenschaftlichen Ziele erreichen.

Über eine Unterstützung von Ihnen/Dir würden wir uns sehr freuen!

In diesem Fall bitte eine email senden an petition_kv@yahoo.de mit folgenden Informationen: Titel, Name, Institution, Ort

Die Initiative Zukunft der Wissenschaft (ZdW) ist ein Zusammenschluss aus LektorInnen, Drittmittelangestellten, jetzigen AssistentInnen und AssistentInnen in Ausbildung aus unterschiedlichen Fachbereichen an der Universität Wien. Die IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen ist die bundesweite Plattform zur Wahrung universitärer, bildungs- und forschungspolitischer Anliegen der externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen (<http://www.ig-elf.at/>)

„In einem unbekanntem Land, vor gar nicht allzu langer Zeit, war eine Biene sehr bekannt,...“

Und diese Biene die ich meine, heißt ProjektarbeiterIn.

Die Universität Wien hat eine stetig wachsende Anzahl von engagierten MitarbeiterInnen die in nationalen und internationalen Forschungsprojekten tätig sind. Mit Stand 14.05.2009 befinden sich 1185 ProjektmitarbeiterInnen im Personalstand der Uni Wien. Dies entspricht einem Anteil von beinahe 17 Prozent des universitären Mittelbaus. Doch universitätspolitisch- und auch insitutsintern werden ProjektmitarbeiterInnen oft nicht entsprechend wahrgenommen und gefördert.

Sie verfügen zumeist über befristete Verträge, je nach Dauer der Projektfinanzierung. Anders als etwa S1 oder S2 Stellen, welche ja in der Regel auch für eine befristete Zeit an der Universität sind, werden sie jedoch oft nicht als integraler Bestandteil des jeweiligen Institutes an dem sie angesiedelt sind, betrachtet. Diese hierarchische strukturierte Ordnung zeigt sich nicht zuletzt an symbolischen Politiken, wie etwa der Vergabe von Räumlichkeiten.

Die existierende Unterrepräsentation und teilweise Ungleichbehandlung korreliert allerdings keineswegs mit ihrer wissenschaftlichen Leistung. Im Gegenteil, bereits die Erstellung von Projektanträgen, erfordert aufgrund der kompetitiven Vergabe hohe wissenschaftliche Qualität und Arbeitsleistung.

Vor allem die Forschungstätigkeit und Ergebnisse der Projekte stellen einen zentralen Beitrag für die Entwicklung und die Sichtbarkeit der Universität dar. Die in den meisten Projekten vorhandene internationale Kooperation mit ausgewiesenen ExpertInnen in dem jeweiligen Forschungsgebiet, fördert zudem die Einbindung der Universität in internationale Netzwerke.

Viele ProjektmitarbeiterInnen bringen darüber hinaus ihre Expertise als externe LektorInnen ein und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur oft geforderten Integration von Lehre und Forschung.

Der Großteil dieser engagierten Beschäftigten sieht sich keineswegs als „akademische LeiharbeiterInnen“,

sondern durchaus im Sinne des Universitätsgesetzes als vollwertige Mitglieder dieser Institution.

Forschungsgeleitete Lehre, hohe Forschungsleistung, und der damit oft verbundene für beide Seiten gewinnbringende Austausch mit und Unterstützung von UniversitätsprofessorInnen, wäre also ohne diese Gruppe kaum ausreichend verwirklichtbar.

Die erwähnten hierarchischen Gefüge der Institution, die insbesondere ProjektmitarbeiterInnen betreffen, aber insbesondere auch formale Regelungen erschweren die Situation dieser ForscherInnen und verhindern die nachhaltige Einbringung des Potentials und des Wissens dieser Gruppe.

Insbesondere die so genannte „Kettenvertragsregelung“ verunmöglicht eine langfristige Karriereplanung von ProjektwissenschaftlerInnen an der Universität Wien. So beträgt nach dieser Regelung, die Obergrenze der Beschäftigung sechs Jahre (bzw. 8 Jahre bei Teilzeit).

Dieses Problem wäre jedoch im Rahmen eines Modells lösbar, das unbefristete Anstellungsverhältnisse für drittmittelfinanzierte MitarbeiterInnen möglich macht. Es ist dabei selbstverständlich, dass solche Vertragsformen nur nach gründlicher Prüfung der Qualifikation der betroffenen Person einerseits, und der mittelfristig gesicherten Drittmittelfinanzierung ihrer Stelle andererseits, eingegangen werden können und sollten. Im Rahmen dessen könnte und sollte der Universität natürlich das Recht vorbehalten sein, die betreffende Stelle bei begründetem Wegfall finanzieller Mittel zu kündigen.

Ein weiteres Problem, mit dem ProjektmitarbeiterInnen konfrontiert sind, ist die benachteiligende Situation im Rahmen des Übergangs zwischen projektbezogener und universitär finanzierten Anstellungsformen. Nachdem die zeitliche Befristung von Säule-2-Stellen sechs

Jahre beträgt, stellt jede vorherige Beschäftigung in einem Drittmittelprojekt an der Universität Wien paradoxerweise einen Nachteil bei der Bewerbung um solche Stellen dar. Der/die BewerberIn, kann diese Stelle im Erfolgsfall nur für eine um ihre bisherige Projektstätigkeit verkürzte Laufzeit antreten.

Davon sind auch andere NachwuchswissenschaftlerInnen, wie etwa Säule-1-AssistentInnen betroffen. Für all diese Personen scheint es unumgänglich, die Situation, dass die Planung einer Karriere an der eigenen Institution de facto unmöglich gemacht wird, möglichst rasch zu beheben.

Beide angesprochenen Regelungen verhindern also momentan, dass erfahrene und geschulte MitarbeiterInnen sich langfristig an der Universität Wien einbringen können. Dies führt zu beidseitigen Verlusten. So sind MitarbeiterInnen die gerne an der Universität arbeiten, gezwungen selbst bei ausgezeichneter Forschungsleistung, und vorhandener Projektmittel die Universität zu verlassen. Die Institution wird damit zugleich der Erfahrung von Personen beraubt, die in international qualitätsgesicherten Zusammenhängen wie in EU-Rahmenprogrammen tätig sind.

Um dieser Gruppen und den angesprochenen Defiziten und Herausforderungen mehr Sichtbarkeit zu geben, hat sich vor Kurzem eine Initiative von Drittmittelangestellten gegründet.

Diese sich als offen verstehende Gruppe hat im April für ein Gespräch den Betriebsrat aufgesucht, um nunmehr stärker auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, und eine entsprechende Vertretung sicher zu stellen.

Innerhalb des Betriebsrates fanden sich einerseits durchaus wohlwollende und unterstützende KollegInnen, andererseits aber auch gewichtige Stimmen, welche die Kettenvertragsregelung als allgemein gültige „Schutzbestimmung“ für ArbeitnehmerInnen, nicht in Frage stellten. Insgesamt strebt die Gruppe durchaus eine weitere Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat an, und setzt sich natürlich für den Schutz von ArbeitnehmerInnen ein. Wobei gleichzeitig darauf hinzuweisen ist, dass Schutz für unterschiedliche

Gruppen auch unterschiedlicher Regelungen bedarf. Nur durch derartige an den Bedürfnissen der Angestellten orientierte und nachhaltige Regulierung kann ein „Schutz von ArbeitnehmerInnen“ anstelle „Schutz vor ArbeitnehmerInnen“ verwirklicht werden.

Als nächsten Schritt, trifft sich die Gruppe nunmehr Ende Mai mit dem Vizerektor der Universität Wien, Universitätsprofessor Engl. Interessierte sind gerne willkommen sich der Gruppe anzuschließen. Kontakt: maximilian.fochler@univie.ac.at

Leila Hadj-Abdou

Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin an der Universität Wien. Ab September 2009 ist sie Scholarin am European University Institute in Florenz.

Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen

von der IG

Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen

Die IG Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen bildet eine bundesweite Plattform zur Vertretung universitärer, bildungs- und forschungspolitischer Anliegen der externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen. ‚Externe LektorInnen‘ und ‚Freie WissenschaftlerInnen‘ zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine oder prekäre (befristete) Dienstverhältnisse an den Universitäten oder Forschungsinstitutionen haben, diesen

aber mit ihren Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre immer wieder zur Verfügung stehen. Früher meist nur eine Übergangsphase unmittelbar nach dem Universitätsabschluss, ist diese Art der Beschäftigung für einen immer weiteren WissenschaftlerInnenkreis zu einer dauerhaften, mitunter lebenslangen Arbeitsrealität geworden. Ohne auf unser ursprünglich zentrales Betätigungsfeld der universitären Lehre zu verzichten, beschäftigt sich die IG verstärkt mit prekären wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen, wie jenen der befristeten Anstellung von AssistentInnen, ProjektmitarbeiterInnen, freien WissenschaftlerInnen, bis zu den be-

fristeten ProfessorInnen. Im April 2009 wurde mit Thomas Schmidinger ein Lektor am ipw zum neuen Vorsitzenden der IG gewählt. Zentrales Ziel für die nächsten Monate bilden für ihn die Verhinderung der Ersetzung der LektorInnen durch Senior Lecturers und die damit verbundene Trennung von Forschung und Lehre, die Verbreiterung der Basis der IG und die Vernetzung mit anderen prekarierten WissenschaftlerInnen an der Universität. Dazu sind alle LektorInnen zur Mitarbeit eingeladen

Weiter Infos auf der Website der IG:

<http://www.ig-elf.at>

Institutional innovation at the University of Vienna:

Introducing the Department of Methods in the Social Sciences

von Juan Casado Asensio

Post-Doctoral Researcher and Lecturer at the Department of Methods in the Social Sciences, University of Vienna

The Department of Methods in the Social Sciences is a newly created institution at the University of Vienna. Its tasks are to develop rigorous, advanced and appropriate techniques and methods for application to research across the Social Sciences. The Department is

also responsible of providing training in qualitative and quantitative methods to students and researchers of the Departments of Political Science, Sociology, Communication Sciences and Anthropology. Interdisciplinary work and collaboration with the different Departments of the Faculty is central to our work.

The Department of Methods plans and coordinates undergraduate and graduate

teaching in research methods, provides doctoral supervision and is involved in a number of collaborative projects with other researchers from Austria and beyond. Members of the Department are also engaged in qualitative and quantitative teaching and research, and the provision of technical and expert advice and consultancy.

The Department is part of the Faculty of Social Sciences and currently consists

of one professorship for quantitative methods, represented by Prof. Sylvia Kritzinger. In her research she connects methods with the study of electoral and political behaviour, and party politics. The establishment of a permanent chair for quantitative methods in the social sciences represents an important step towards state-of-the-art methodological excellence.

The Department consists of nine international researchers from various academic disciplines and varying seniority levels; a number of student assistants and administrative staff, all under the direction of Univ. Prof. Sylvia Kritzinger. Permanent assistantships are covered by Martin Ejnar Hansen, working in the area of legislative studies; and Kenneth Horvath, studying European immigration policy from a sociological perspective. Working in externally financed projects are Juan Casado Asensio, Freya Franck, David Johann, Zoe Lefkofridi, Alice Ludvig and Johanna Elisabeth Willmann. Thematically, projects involve the study of representation and congruence in Europe (Juan and Zoe), electoral behaviour (Freya, David and Johanna), and unemployment policy (Alice). These projects are financed by the European Social Fund, the Austrian Science Foundation or the Austrian Ministry of Labour, Social Affairs and Consumer Protection respectively.

The core research areas for the Department are: political behaviour, legislative studies, migration, and party politics. Currently, the Department is also involved in the following externally funded research projects:

Representation in Europe and Policy Congruence between Citizens and Elites (ESF REPCONG):

The REPCONG project addresses two sets of questions: Firstly, we

explore the determinants of policy congruence and the impact of political institutions and direct democracy. Secondly, we investigate how policy congruence impacts on the perception of representation, the satisfaction with democracy and with specific representative institutions, such as national parliaments, governments or European institutions. Methodologically, we employ techniques from multi-level analysis to reflect the multi-level nature of our data. This project is conducted in cooperation with Trinity College Dublin, University of Konstanz and the University of Lausanne.

Providing an Infrastructure for Research on Electoral Democracy in the European Union (PIREDEU):

The Department of Methods in the Social Sciences is part of the PIREDEU Steering Committee, a pan-European project funded by the EU under the 7th Framework Programme (2008-2011). The project assesses the scientific and technical feasibility of upgrading European Election Studies to provide an infrastructure for research on citizenship, political participation and electoral democracy in the EU. A pilot study conducted in the context of the 2009 elections to the European Parliament will collect data in all member states, providing the initial content for a prototype database. In particular, the Department of Methods contributes to the design of the survey of citizens for the 2009 European Elections.

Effects of Unemployment:

This project investigates the impacts of unemployment on health and psyche, as well as the social and family environment of unemployed persons. We triangulate multiple methodologies in a single framework, applying

qualitative and quantitative methods in complementary and interactive ways; combining a survey among unemployed and employed people, focus group interviews, expert interviews and in-depth interviews of unemployed individuals and their families. The aim of the project is to develop a series of instruments to be used in regular panel-surveys on unemployment on a yearly basis. The project is co-run with the Viennese Institute for Social Science Documentation and Methods.

Austrian National Election Study (AUTNES):

In connection to our core research areas, a new project has started in April 2009: the 'demand side' of Austrian National Elections. AUTNES is the first academically driven Austrian electoral research project and a joint undertaking of the universities of Innsbruck, Vienna (Austria) and Mannheim (Germany). The aim of AUTNES is both to generate a comprehensive social science analysis of the next Austrian national election, and to extend the analysis onto previous elections. The research network parts of Innsbruck and Mannheim investigate the media coverage of the campaigns, the dynamics these campaigns unfold as well as the supply side (political parties) of electoral competition. The Vienna team examines electoral participation and party choice by using three major theoretical approaches (sociological, socio-psychological, and issue-voting). Furthermore, our project group takes leadership competences and candidate qualities into account. Our analysis is based on mass surveys conducted before and after the election. Moreover, we employ the method of focus group discussions to obtain more profound insights into citizens' voting behaviour.

For more information about us, visit our website at:

<http://methods.univie.ac.at/>

Ilker Ataç

Universitätsassistent am ipw

Ilker Ataç wurde im Politix bereits vorgestellt. 2004 hatte er eine S1-Vertretungsstelle am ipw inne. Nach Dissertationsabschluss, Lektorstätigkeit und Projektmitarbeit ist er nun wieder am Institut und teilt sich mit Georg Spitaler eine S2-Stelle, die im Bereich von Migrations- und Integrationspolitik ausgeschrieben war.

Lassen wir die letzten Jahre also nochmal Revue passieren ...

Seine Dissertation hat er zur politischen Ökonomie der Veränderung der Staatlichkeit in der Türkei geschrieben. Angesiedelt ist sie in der Schnittmenge zwischen Politikwissenschaft und VWL, seinen beiden Studienfächern.

In den letzten drei Jahren der Dissertationsphase hat Ilker Ataç an verschiedenen Forschungsprojekten und auch politisch im Bereich des Anti-Rassismus gearbeitet, so war er z.B. in Deutschland während seiner Disszeit bei Kanak Attak engagiert, wo er über politische Artikulationsformen viel erfahren und gelesen hat.

Im Zuge des VEIL-Projekts mit Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer war er dafür verantwortlich, zu untersuchen, welche Debatten und Regulationsformen es im europäischen Raum zum muslimischen Kopftuch gibt.

Mit Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer hat er in einer dreijährigen Panelstudie mitgeforscht, bei der es um Wiener SchülerInnen mit Migrationshintergrund ging. Die Untersuchung fand unter geschlechtsspezifischem Aspekt statt und hatte das Ziel, herauszufinden, welche Rolle Schule und Familie bei der Berufs- und Familienentscheidung der Kinder spielt. Dies war Ilkers

Einstieg zum Thema Migration, bei dem er vieles gelernt hat. Er ist schon gespannt – da bald die Ergebnisse der Studie vorliegen werden – welche Rolle der gesellschaftliche Kontext, das Schulsystem und die Geschlechterverhältnisse spielen.

Da ihn all diese Projekte zum Thema Migration geführt haben, will er nun auch seine nächsten Arbeiten in diesem Bereich weiterentwickeln und ist gerade dabei, sich neu zu orientieren, woran er gerne forschen würde. Spannend findet er wie Migrationsbewegungen eine eigene soziale Dynamik entwickeln, sich auch transformieren, wie man in den letzten Jahren beobachten kann; dass sich die Dynamik der Migrationsbewegungen verändert, was einerseits mit der Eigendynamik der Migrationsbewegungen zu tun hat, andererseits aber auch mit Globalisierung zu tun hat – gleichzeitig interessiert ihn hierbei, wie die staatliche Politik darauf reagiert. Ilker Ataç interessiert es, an den Schnittstellen zu arbeiten – welche Merkmale und Dynamiken unterliegen diesen Migrationsströmungen? Wie versucht der Staat auf der lokalen Ebene mit Migrationspolitiken darauf zu reagieren. In dieser Schnittmenge befinden sich für ihn viele interessante Widersprüche, Ambivalenzen und neue, unbeforschte Felder.

Ansonsten macht Ilker seit Fertigstellung seiner Diss auch wieder mehr andere Dinge, die während der Diss-Phase aus Zeitmangel auf der Strecke bleiben mussten. Er das Gefühl hat, er hat in dieser Zeit einiges verpasst, das aufgeholt gehört.

So hat er beispielsweise unlängst damit begonnen, Comics zu lesen. Derzeit liest

er gerade eins mit dem Titel „Berlin“, in dem es um die Weimarer Republik geht. Er findet mittlerweile, dass Comics auch lehrreich sein können. Weiters liest er auch wieder viel zu Mathematik (über ihre Entstehungsbedingungen, über bestimmte mathematische Theoreme) eher aus kulturwissenschaftlichem und populärwissenschaftlichem Interesse heraus. Darüber hinaus lernt er momentan Squash spielen. Er versucht wieder mehr zu reisen, FreundInnen und Workshops zu besuchen.

Nach seinen Kinder- und Familienplänen befragt, meint Ilker Ataç, das sei eine gute Frage. Er hat sich konkret darüber noch keine Gedanken gemacht. Prinzipiell stellt er sich Akademie und Kinder haben kompatibel vor – vielleicht auch weil er ein Mann ist, meint er, kann er das so sagen. Er kann sich jedenfalls vorstellen, in Karenz zu gehen, und ihm schwebt dabei vor, dass ihm während dessen auch Zeit zum (beruflich) Lesen bleiben würde. Er kennt zwar auch ganz gegenteilige Erzählungen und Erfahrungen aus seinem Freundeskreis, aber er möchte bei seiner optimistischen Vorstellung bleiben und das auf sich zukommen lassen.

Was seine diesbezüglichen Überlegungen generell bestimmend beeinflusst, ist die Prekarität der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Die Frage der Kinder und/oder PartnerInnenschaft steht für Ilker momentan nicht an erster Stelle, und das hat eben mehr strukturelle als andere Gründe.

Luise Luksch

Studentin am ipw und
Redaktionsmitglied

Georg Spitaler

Bereits 2002 als externer Lehrbeauftragter am ipw. Seit 2008 teilt er sich mit Ilker Ataç eine Assistentenstelle

Politix hatte den Kontakt zu Georg Spitaler auch in seiner Abwesenheit aufrecht gehalten, ihn weiterhin um Artikel gebeten, seine Publikationen mitverfolgt und ihm zu zwei Preisverleihungen gratuliert. Wir möchten ihn den Studierenden nochmals vorstellen:

Georg Spitalers im SS09 laufender Lektürekurs aus Politischer Theorie und Ideengeschichte befasst sich mit „Politik und Ritual“ – ein Thema das auf das inhaltliche Profil seiner Assistentenstelle im Bereich der „politischen Kulturforschung“ verweist. Der Focus Georg Spitalers wissenschaftlicher Publikationen und seiner Forschungstätigkeit liegt auf dem Gebiet von „Sport, Politik und Macht“. Beobachtet werden dabei u. a. die Verhältnisse von Popularkultur und Politik, sowohl im Hinblick auf ihre Verbindungs- als auch auf ihre Trennlinien. Ergebnisse dieser Analysen finden wir in seiner Dissertation und in seinen Publikationen. Dass sich gerade sportliche Themen in seinen wissenschaftlichen Arbeiten wieder finden, liegt auch an seinem persönlichen Interesse am Sport, insbesondere Fußball. Damit erklärt sich seine redaktionelle Mitarbeit beim Fußballmagazin „ballesterer“ fast als „muss“.

Für ihn war daher die Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich ein Ereignis, das gleichzeitig persönliches und wissenschaftliches Beobachtungsfeld war. Passend dazu

fand im Sommer 2008 – gemeinsam mit Prof. Dr. Eva Kreisky und einem Team von ForscherInnen aus dem Umfeld der Universität Wien organisiert – eine Ringvorlesung zum Thema „Fußball als europäisches Spektakel“, statt. Das Interesse daran enorm: Über 600 Studierende sprengten bei den Prüfungen die Institutshörsäle.

Sein aktuelles Forschungsprojekt führt Georg Spitaler mit dem Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (vidc) durch. Im Auftrag der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) koordiniert er gemeinsam mit „FairPlay“ und dem europäischen Netzwerk: „Football against Racism in Europe“ eine vergleichende Studie zum Thema „Preventing racism, xenophobia and related intolerance in sport across the European Union“. Die Ergebnisse aus allen 27 EU Ländern sowie ein Handbuch mit Good-Practice-Modellen werden im Herbst präsentiert.

Die persönliche Begeisterung für den Sport bilden für Georg Spitaler eine oder die Basis seiner wissenschaftlichen Arbeiten. Theorie und Praxis ergänzen einander und eröffnen neue Erkenntnisse in Bezug auf Ritualisierungen und Machtverhältnisse in politischen und gesellschaftlichen Feldern.

Zur Frage von Politix, warum er gerne am ipw lehrt und forscht, meint Georg Spitaler: „Von den Studien- und Forschungsbedingungen her ist es sicher nicht die einfachste Zeit, um eine Stelle an der Uni Wien anzutreten. Generell ist es heute aber fast ein

Privileg in dieser Stadt leben und – bezahlt – wissenschaftlich arbeiten zu können, noch dazu zu Themen, die persönlich von Interesse sind. Der Kontakt mit den Studierenden macht sowieso immer Spaß.“

Gerti Zupanich

Absolventin am ipw und Redaktionsmitglied

Nachtrag:

Am 24. April 2009 erhält Dr. Georg Spitaler den „Victor Adler Förderpreis“ vom BM für Wissenschaft und Kunst. Die Redaktion gratuliert.

Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates

Dieses Buch kann denen ans Herz gelegt werden die sich mit der theoretischen Beschäftigung mit einem Grundbegriff politikwissenschaftlicher Forschung, dem des Staates, auseinandersetzen.

Dass der Staat eine paradoxe Einrichtung ist, deren begrifflich vielbemühte Souveränität auf der Anwendung ebenjener Gewalt basiert, die durch ihn aus der Gesellschaft entfernt werden soll, bleibt der schwer faßbare Tatbestand einer sich gewaltmässig strukturierenden menschlichen Gesellschaft.

Wimmers Buch widmet sich diesem Problem in einer ausführlichen genetischen Analyse des Gewaltbegriffs anhand derer gezeigt werden kann, was den spezifischen Inhalt staatlicher Gewalt von dem gesellschaftlicher Gewalt abhebt und was moderne Staatlichkeit auf die Frage nach ihrer Berechtigung antworten kann. Der Schutz des Individuums durch Herstellung eines sozialen Friedens ist keineswegs selbstverständlich; er ist im Gegenteil über beständige Veränderung hart erkämpft. So gerät die historisch-politische Analyse zu einer Geschichte der Gewalt selbst, die eindringlich den Schritt zu neuen politischen Organisationsformen von vormoderne zu moderner Staatlichkeit als notwendige Hürde auf einem Weg zu Frieden und Wohlstand anmahnt. Zentral ist dieser Sicht, einer Evolution von Politik, der Ansatz, den Begriff der Moderne von einem rein auf zeitlichen Abfolge zielenden Dogmatismus zu befreien. In Fortsetzung der „Modernisierung politischer Systeme“ (Wimmer 2000) wird hier eine Analyse vorgenommen, deren Ergebnis auf das Primat der legitimen Herrschaft über die Willkür zielt und das Gewaltmonopol des Staates nur innerhalb enger Grenzen der Legitimität überhaupt anerkennt. Die hier gebotene historische Reflexion problematisiert die Rückführung von Gewaltmittel an Individuen und einen Abbau staatlicher Verantwortung für Gewalt; damit die Privatisierung von Gewalt.

Das Buch bietet einen ausführlichen Einstieg in die Materie und eignet sich daher hervorragend als Einführungswerk in einen genuin politikwissenschaftlichen Staatsbegriff, der seine Grenzen in der Darstellung wissenschaftlicher Fakten findet. Für die kritische Auseinandersetzung mit einem etablierten und legitimen staatlichen Gewaltmonopol im Rahmen der Ausübung aktiver Demokratie wäre allerdings ein zweiter Band Wunschprojekt.

Stefan Marx

Redaktionsmitglied und Diplomand am ipw

Literatur

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit. Wien u.a.: Böhlau.

Wimmer, Hannes (2009): Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Wien u.a.: Lit Verlag.

Religion als Politik. Politik mit Religion

Die Masse an medialen Debatten über „den“ Islam, islamische ProponentInnen sowie tatsächlichen oder vermeintlich islamischen Phänomenen und Islamismus steht nicht unbedingt in direktem Verhältnis zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der komplexen Gleichzeitigkeit von antimuslimischem Rassismus und (kulturrelativistischer und nicht selten paternalistischer) Verdrängung islamistischer Ideologie.

Dunja Larise und Thomas Schmidinger, beide DissertantInnen am ipw, versuchen gemeinsam mit anderen AutorInnen mit ihrem Handbuch über den politischen Islam in Österreich ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Unter dem Begriff des ‚politischen Islam‘ fassen die AutorInnen all jene Bewegungen, die den Islam als „Richtschnur für politisches Handeln“ (31f.) verstehen, und somit auf eine Islamisierung von Politik und Gesellschaft abzielen. Nach der Klärung zentraler Begrifflichkeiten folgen allgemein einführende Texte zu Ideologemen des politischen Islam, zur Geschichte des Islam allgemein in Österreich, sowie zum Verhältnis von Säkularismus und modernem Staat. Auf dieser historisch-theoretischen Grundlage skizzieren die AutorInnen konkrete Organisationen, AkteurInnen und Strukturen des politischen Islam in Österreich: „Es geht um eine sachliche, aber auch kritische Herangehensweise, die diese Gruppen nicht anhand von Verdächtigungen kategorisiert, sondern ihre eigenen Veröffentlichungen und Aktivitäten ernst nimmt und als solche öffentlich zugänglich und debattierbar macht.“ (17).

Nur manchmal bleibt der/die LeserIn ein wenig überfordert zurück, da Überleitungen oder Zusammenhänge teilweise noch einer genaueren Erörterung bedürft hätten. Über manche Ausgangsthesen und Schlussfolgerungen des Buches lässt sich durchaus streiten, etwa die Kategorisierung des politischen Islam als universalistisch. Dennoch, die Bedeutung des Buches liegt ohne Zweifel darin, die erste kritische, gegenüber mehrheitsösterreichischem Rassismus sensible, Auseinandersetzung mit antiemanzipatorischen Strömungen innerhalb des Islam in Österreich zu sein.

Matthias Falter

Projektmitarbeiter und Dissertant am ipw

Schmidinger, Thomas / Larise, Dunja [Hg.] (2008): Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam. Wien: Deuticke.

Osteuropäische Demokratien im Wandel?

Die Frage nach Spezifität oder Unspezifität der Parteiensysteme in Osteuropa beschäftigt diesen Sammelband von Ellen Bos und Dieter Segert. Im Zentrum der Überlegungen zu den Osteuropäischen Demokratien steht das Erbe des Staatssozialismus, das sich für Segert als „positives Erbe“ (5) insofern darstellt, als er einen positiven gesellschaftlichen Wandel überhaupt ermöglicht hat. Die sozialen, kulturellen und wirtschaftliche Leistungen des Staatssozialismus haben, so die These, den Weg in den Postsozialismus geebnet und den heutigen politischen Strukturen der Länder ein Gesicht gegeben. Die Möglichkeiten der weitgehenden Demokratisierung und die schnelle Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundlagen einer sich rasant entwickelnden Ökonomie sind also in der Vergangenheit zu suchen. Aber auch die aktuelle Stabilität und Funktionsfähigkeit der Parteiensysteme ist mit dieser Vergangenheit verknüpft und einige der krisenhaften Erscheinungen, die die Demokratiequalität beeinflussen ebenfalls. An den theoretischen Teil, der sich (für einen Sammelband) ausführlich mit der hier nur angedeuteten Materie auseinandersetzt, schließt ein Teil mit Länderanalysen an, in dem kurz und prägnant auf die Parteiensysteme der betrachteten osteuropäischen Länder eingegangen wird. Der sich im Moment formierende Rechtspopulismus wird in diesem Zusammenhang eingehend analysiert und als wichtiges Symptom einer der bisherigen Politik misstrauisch gegenüberstehenden Bevölkerung eingestuft, die sich vom Demokratisierungsprozess wohl auch mehr und schnelleren Wohlstand erhofft hat.

Als Fazit bleibt die Erkenntnis, dass bestimmte Veränderungsprozesse in den jungen osteuropäischen Demokratien in ähnlicher Weise ablaufen wie in den lange etablierten westlichen. Der Osten scheint sich aber aufgrund der beschleunigten Abwicklung dieser Prozesse gut zu eignen Schlüsse auf die zukünftige westliche Entwicklung zu ziehen.

Der Sammelband bietet eine gute Übersicht über den Forschungsstand, ist reich an Tabellen und kurzen Zusammenfassungen. Für diejenigen die sich schwerpunktmäßig mit Osteuropa befassen, sollte der Band eine Pflichtlektüre sein, auch im Hinblick auf anfallende Prüfungen. Ausreichend ist die Beschäftigung mit dem Band für einen Prüfungsantritt allerdings leider nicht.

Stefan Marx

Redaktionsmitglied und Diplomand am ipw

Bos, Ellen/Segert, Dieter [Hg.] (2008): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich.

Sexualität als Experiment

Der von Nicolas Pethes und Silke Schicktanzen herausgegebene Sammelband zu *Sexualität als Experiment* schafft es, eine enorme Bandbreite an Interdisziplinarität zu bündeln. Die verschiedenen Beiträge beinhalten sowohl kultur- und literaturwissenschaftliche, als auch medizinisch-ethische Zugänge zum Thema Sexualität auf jeweils hohem wissenschaftlichen Niveau. Aufgeteilt in drei Schwerpunkte, „Identität und Differenz“, „Lust und Moral“, sowie „Reproduktion und Genealogie“, wird sich dem Topos den Ansprüchen der Einleitung gerecht genähert. Neben Klassikern der Biopolitik (Michel Foucault) wird erfreulicherweise auch auf neuere oder eher unbeachtete Theorien eingegangen.

Mehr als einen guten Überblick liefert der Beitrag von Heiko Stoff „Identität und Differenz: Zur Diskursgeschichte der Sexualität zu Beginn des 21. Jahrhunderts“, in welchem er sich u.a. eingehend mit Körperlichkeit und Materialisierung beschäftigt. Ebenso interessant zu lesen ist der Artikel von Ulrike Klöppel, die Intersexualität und das Beispiel des John/Joan-Falles behandelt. Gut gegliedert und spannend zu lesen erscheint mir die Abhandlung von Regina Ammicht Quinn „Moralisierungsversuche: Grenzen des ethischen Diskurses über Sexualität“. Nur der Beitrag zu „Wissenschaft im Spektakel: Die Suche nach dem jüdischen Gen im Dokumentarfilm“ legt schon aufgrund des Titels die Befürchtung nahe nicht hinreichend reflektiert zu sein, was nicht nur an der Übersetzung liegen dürfte.

Äußerst reflektiert und außergewöhnlich erwies sich dagegen die Analyse von Nicole C. Karafyllis mit dem doch recht sperrigen Titel „Die Medialität pflanzlicher Reproduktion im *Science Fiction*-Film“. Einen popkulturellen Beitrag beschert dem Buch Annette Keck: „Transsexualität in der Literatur: Tomboys, Kröten, Kings und Queens zwischen 1880 und 2000“. (1)

Der Sammelband vereint klassische historische Annäherungen an das Thema mit mutigeren film- und literaturwissenschaftlichen Texten. PolitikwissenschaftlerInnen könnte es jedoch ob der verhältnismäßig hohen Anzahl an medizinischen Beiträgen nicht ganz gelingen, das Buch vollständig zu lesen.

(1) Aufgrund der Vielfalt und der großen Anzahl an AutorInnen, die zum Sammelband beigetragen haben, war es mir nicht möglich, alle explizit zu erwähnen.

Verena Stern

Diplomandin am ipw

Pethes, Nicolas/Schicktanzen, Silke [Hg.] (2008): *Sexualität als Experiment. Identität, Lust und Reproduktion zwischen Science und Fiction*. Frankfurt/Main: Campus.

Familienbande im Gender-Wahn

In der Familie Rosenkranz hat sich bisher eher Horst-Jakob, der Ehemann, publizistisch hervorgetan. Und das als Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „fakten“. „MenschInnen“ ist das erste ideologische Werk der Ehefrau, Barbara Rosenkranz. Rosenkranz, Jahrgang 1958, war u. a. Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag 1993-2002 oder 2006 Obmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Im Grunde genommen beherrscht ein Tenor das Werk: Geschlechtsspezifische Verhaltensweisen seien „nicht das Ergebnis patriarchalischer Unterdrückung, sondern Mädchen ziehen sich eben gerne schöne Kleider an, und Buben wollen kein Prinzessinnenkostüm“, meint die Autorin. Es geht darum zu beweisen, dass die Gender-Mainstreaming-Idee gegen den Willen der Menschen durchgesetzt wurde. So würden Mütter z.B. viel lieber länger bei ihren Kindern bleiben. Aber Gender-Mainstreaming (GM) verfolge ein anderes Ziel: Eine radikale Veränderung der Menschheit, wodurch Mann und Frau abgeschafft werden würden, bald nur noch die geschlechtslose Arbeitskraft, die dem Kapital diene, existieren sollte. Der Plan soll laut Rosenkranz von einer seltsamen Troika aus durchgeknallten Emanzen, MarxistInnen und KapitalistInnen ausgeheckt worden sein. So macht sich die Autorin auf dem Weg das GM-Konzept als neomarxistische Ideologie zu enttarnen, die darauf abzielt, einen neuen, geschlechtslosen Menschen zu schaffen. Dabei bleibt niemand verschont: So kritisiert sie, dass bspw. Transsexuelle heute meist als „Transgender“ bezeichnet werden – um noch stärker die gewollte Uneindeutigkeit von Geschlecht und eine fließende Identität zu betonen. Auch die gleichgeschlechtliche Liebe muss für die weltweite Umerziehung herhalten: „Rechte für Gleichgeschlechtliche bis hin zur so genannten Homo-Ehe werden deswegen so vehement gefordert, weil man so die Zweigeschlechtlichkeit und die „Zwangsheterosexualität“ weiter aufweichen und verwirren kann,“ predigt Rosenkranz. Sie deckt weitere AkteurInnen der Verschwörung auf: die EU und österreichische Regierung arbeiten an der Abschaffung der Geschlechter. Und die Medien sind, selbstredend, auch ein Bestandteil dieser.

Tatsächlich ist mit dem Begriff Gender Mainstreaming der Versuch verbunden, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen. Der Amsterdamer Vertrag von 1997 hat das Konzept auch zum offiziellen Ziel der EU-Politik erhoben. Dass durch derartige Konzepte die Frauenpolitik und Förderung selbst manchmal zu kurz käme, sei eine berechtigte Kritik. Ansonsten: Für alle, die das Buch noch nicht kennen, sei es für amüsante Stunden empfohlen. Auch wenn die Verknüpfung von rechtsradikaler Ideologie mit der Kritik an emanzipatorischen Konzepten eher erschreckend ist.

Ewa Agata Dziedzic

Dissertantin am ipw

Barbara Rosenkranz (2008): *MenschInnen. Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*. Wien: Ares Verlag.



politix

Wir suchen RedakteurInnen ...

dein Interesse gilt gesellschafts-politischen Anliegen ...

du wolltest schon immer in die redaktionelle Arbeit einer Zeitschrift reinschnuppern ...

... dann bist du bei unserer Politix-Redaktion **willkommen!**

Wir verstärken unser redaktionelles Team und suchen kreative, aktive Studentinnen und Studenten!

Der Einstieg ist jeder Zeit möglich. Schreibe einfach eine Mail an politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

oder klopfe an die Tür bei Tina, Zimmer D211 (NIG)



ipw